Hannoversche Fresse

nr. 8 märz 1974

Wenn sie uns
das Haus
nehmen,

nehmen wir uns
das Hausrecht
auf der Strasse!

HÄUSERKAMPF

2. Jahrgang

Preis 1,-- DM

KNEIPE IM UJZ NORDSTADT

DIE KNEIPE OHNE KONSUM-ZWANG! Denn sie ist nicht Profitquelle für irgendeinen Wirt, sondern wir versuchen, mit ihr eine Kommunikationsstätte im Jugendzentrum zu schaffen, wo man sich treffen kann, plaudern oder diskutieren, Karten spielen oder Schach, lesen, Musik hören und alles Mögliche. - Und wer konsumieren möchte: ständig gibts allerlei billiges Essen & Trinken.

KORNSTRASSE 28-30 (übern Hof) Tel. 71 50 32

Hannoversche Fresse

anschrift des redaktionskollektivs: O.H. Boettcher 3 hannover,kornstrasse 30
presserechtlich verantwortlich: Karl Brohm, Hannover
druck : eigendruck
fotos: entweder von uns selbst oder aus zeitungen,im ersten fall können wir abzüge liefern.

meldungen,die mit ID gezeichnet sind,haben wir aus dem informationsdienst, der erscheint in frankfurt,homburgerstrasse 36
meldungen,die mit HF gezeichnet sind,haben genossen aus dem fressekollektiv angeliefert.
alle anderen meldungen kommen von den gruppen,die was damit zu tun haben, artikel von einzelkämpfern (schreibern) werden als solche gezeichnet.
die nächste nummer erscheint irgendwann im april.
redaktionsschluss wird durch die aktualität bestimmt.
endgültiger redaktionsschluss für diese nummer war der 8.3.
schriftliche zeitungsbes llungen werdem von uns erledigt,wenn geld incl. porto bei uns eingegangen ist.dass die letzte nummer stark verspätet abgeschickt wurde,liegt daran,dass wir uns erst an den versand gewöhnen müssen (vorher hatte ihn der internationalismus buchladen gemacht).
redaktionssitzungen (mittwochs 18.00 kornstrasse) sind öffentlich.ausnahme sind die letzetn beiden vor redaktionsschluss.

Verlag Roter Stern

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF

Zeitschrift für marxistische Pädagogik

Nr. 10/11 Jugendzentren

INHALT:

A. Diemer, M. Kappeler, M. Münzfeld, M. Nowicki, Rosa Putz: „Wir wollen alles haben, wir wolln wir selber sein!" -Zur politischen Bedeutung der Kämpfe um selbstverwaltete Jugendzentren

Autorenkollektiv: Vom Schwabenhaus zum Jugendzentrum Richard-Epple-Haus, Tübingen

E. Kögel, W. Schüle: Jugendzentren auf dem Lande: Rems-Murr-Kreis, Stuttgart

Autorenkollektiv: Der Kampf um die Fabrik, Hamburg

G. Reichert: Das ist unser Haus - Die Besetzung des Markus-Hauses, Düsseldorf

Literatur zur aktuellen Jugendzentrumsbewegung und andere Materialien

Kontroverse: Jugendwohnkollektive (H. Kentler - M. Liebel, M. Kappeler)

U. Krombach: Medaillen, Mädchen und Kanonen - Zur Sportkonzeption der SDAJ

Berufsverbot für M. Kappeler

Diese Zeitung ist ein Kampfblatt. Ein Blatt für alle, die am dauernden Klassenkampf beteiligt sind.
Ein Ausdruck des täglichen Kleinkriegs der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.
Ein Ausdruck der Diskussionen darüber.
Ein Ausdruck unserer Arbeit, unserer Fehler.

Die Zeitung erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00 – im Abo DM 12 für 12 Nummern. Vorausüberweisung an WIR WOLLEN ALLES, 8551 Gaiganz; Konto 4684-852 beim Postscheckamt Nürnberg. Vertriebsadresse: WIR WOLLEN ALLES, 8551 Gaiganz Nr. 12.

Inhalts-verzeichnis

häuserkampf

FRANKFURT
erklärung des häuserrats S. 4
geschichte des konflikts S. 5
bericht der roten hilfe S. 7
auch wenn's die a/o ist, kann man von der arbeit ihrer sani gruppe was lernen
zu den 36 festgenommenen rockern S. 9
was die bullen aus einem karnevalstrip der "bones" machten
zur kriminalisierung S. 11
HANNOVER
bericht über die asol S. 13
die methoden der spekulanten sind in hannover oft feiner als in frankfurt. beispiel: oststadt/list

notizen/nachrichten

presseerklärung S. 17
zu den bombenanschlägen in köln und hamburg
aufruf der rh S. 17
zu astrid proll
prozess gegen dr. lüllemann S. 19
ein ahnnoverscher arzt hat billig abtreibungen durchgeführt - 1 jahr auf bewährung
besetzung des gasteig spitals S. 19
resolution deutscher schriftsteller zu den hinrichtungen im iran S. 21
nordirland S. 22
arbeitskämpfe in polen S. 25
spanien S. 26
zu den streiks / zu den hinrichtungen/ zur serie
polizeiterror in zürich S. 28
wounded knee S. 30
dokumentation zu den prozessen gegen die indianer

bücher

rezensionen S. 33
bobby seale/wir fordern freiheit-p. michels/aufstand in den ghettos
zur letzten nummer der fresse (7) S. 36

jugendzentrum nordstadt

besuch des obersten "jugendlichen" S. 37
der stadtjugenddezernent ist in den fettnapf gelatscht
zur fete S. 38
ein paar eindrücke zur ersten monsterfete seit langen im ujz

termine

polit-rocker!

HÄUSERKAMPF

FRANKFURT

Der Stein, den sie abgerissen haben, ist ihnen an den Kopf geflogen !!!

Wer sind die Gewalttäter, die Kriminellen ?

Erklärung des Häuserrats

in einer nacht und nebel aktion, vorbereitet durch wochenlangen nächtlichen physischen und psychischen terror wurden die bewohner der ecke bockenheimerlandstrasse/schumannstr. aus ihren häusern vertrieben, eine militärische polizeiaktion, vorbereitet durch sonderkommandos, unter teilnahme von mindestens 1500 bullen, die für einen tag lang ein ganzes stadtviertel hermetisch abriegelten.
die räumungsaktion war normal abgelaufen, so die frankfurter presseberichterstattung. normal, das heisst heute schon: alle bewohner wurden fes festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt; der grossteil der möbel wurde gar nicht erst rausgeräumt, das wurde durch den bagger erledigt. die bewohner werden, nachdem sie aus dem knast freigelassen wurden, auf die strasse gesetzt, ohne auch nur eine wohnungsperspektive zu haben.
(die gewalt der banken, bubis &co. ist in frankfurt auch normal: am sonntag legten sie schon wieder einen brand im dachgeschoss der westendstrasse, einem türkenhaus. die letzten türkischen mieter im parterre sollen durch diesen barnd raussaniert werden)
die bewohner der geräumten häuser haben ihre forderungen öffentlich dargelegt, sie wollten nicht den putz- sie, genauso wie die emigranten, wollten wohnungen. mit zynismus und gewalt ging man über ihre forderungen hinweg. für uns blieb die einzige alternative: die strasse.
wenn es am samstag an der ecke bockenheimer landstrasse/schumannstrasse zu den strassenkämpfen gekommen ist, sagen wir: wir sind allerdings nicht bereit, durch ein friedliches vorbeidemosntrieren den abriss unserer häuser und en neubau eines profitträchtigen büropalastes zu unterstützen. nicht wir haben die gewaltsamen auseinandersetzungen begonnen, uns wurde die strasse als letzte bleibe aufgezwungen.
mit einer in der geschichte frankfurts einmaligen repression und volksverhetzung sollte von den inhalten der auseinandersetzungen abgelenkt und eine legitimation geschaffen werden für die these von den kriminellen und politrockern. (im studentenhaus waren rollkommandos mit bajonetten stationiert - bambusstangen mit metall gefüllt und eine spitze vorn drauf, so polizeipräsident müller) hetze auch deswegen, um von der bisher in frankfurt ungewohnten brutalität abzulenken - 192 festnahmen / in frankfurts strassen herrschte offener polizeiterror / jeder mit längeren haaren, lederjacke, parka o.ä. ging am besten an diesen tagen nicht auf die strasse. taxifahrer wurden von der polizei angewiesen, gruppen von über 5 personen sofort über funk der polizei zu melden.
frankfurts bevölkerung sollte uns hassen, so mussten meldungen her: "demonstranten wollen karnevalszug überfallen", "36 rocker beim karnevalszug festgenommen", „drahtseil von demonstranten nachts über hauptverkehrsstrasse gespannt". wurden meldungen nicht erfunden, so versuchte man alles, was in frankfurt so passiert, mit dem häuserkampf in zusammenhang zu bringen.

was die städtische"kommunale zeitung"
mit ihren hetzartikeln nicht erreichte
sie war einfach zu dumm gemacht,wurde
jetzt noch einmal neu,diesmal in kon-
zertierter aktion von sdp und cdu im
zusammengehen mit der presse versucht:

in frankfurt sollte nicht über die
räumung und den abriss der häuser,die
obdachlosigkeit der bewohner und ihre
forderungen nach ersatzwohnraum dis-
kutiert werden.
heute erklärte polizeiminister biele-
feld weitere 5millionen dm sollen
für aufrüstung der polizei ausgege-
ben werden -ein zynismus-damit hätte
man einen ganz neuen wohnblock für
die bewohner der abgerissenen häuser
sowie für die ausländischen familien
die unter unzumutbaren bedingungen in
mietstreikhäusern leben,aufkaufen
können.damit hätte man aber auch den
abriss der häuser formaljuristisch
verhindern können,die schadensersatz-
forderung von bubis wegen der vorge-
nehmigung zum bauen und die nichtbe-
willigung hätten sich auf 2,5mill.
belaufen.
dass dem nicht so ist,liegt in der
logik der spd politik begründet:alles
für die sicherung des profits.so kann
bubis nicht nur sein bürohochhaus
bauen,sondern er weiss,das nächste
mal ist die polizei noch besser zur
seiner unterstützung gerüstet.
die obdachlosen bewohner haben jedoch
bisher von der spd keine unterstützung
erhalten,verhandlungen wurden nur zum
schein geführt,um öffentlich die gut-
willigkeit der spd zu demonstrieren.
jetzt nach der räumung sollen die
ehemaligen bewohner doch sehen,wie

sie klar kommen,der konflikt scheint
für die spd gelöst.
wir werden den herren dieser partei
doch nicht den gefallen tun,undeinzeln
bei freunden untertauchen und denen
ihren sowieso schon engen wohnraum
wegnehmen.wir werden gemeinsam öffent-
lich unsere forderungen darstellen.
deshalb haben wir räume im frankfurter
bonhoeffer haus (ev.studentenheim)
besetzt,die ev. landeskirchenleitung
hat sich solidarisch mit unserer for-
derung nach ersatzwohnraum erklärt.

<u>spenden</u>: geld,klamotten,möbel,lebens-
mittel ans dietrich bonhoeffer haus.

Zur Geschichte des Konflikts

Okt. 71 - Besetzung des Hauses Bockenheimer Landstr. 111 als Antwort auf die brutale Räumung des Grüneburgweg 113.

Juni 72 - Auflösung der alten Mietverträge aller legalen Mieter der Häuser Schumannstr.69/71, Bockenheimer Landstr.111(2. Stock)und 113, neue Nutzungsverträge mit diesen Mietern sowie mit den Besetzern in der Bockenheimer Landstr. 111 (parterre und 1.Stock) durch die städtische Wohnheim GmbH, eine Gesellschaft, die zwischen Spekulanten und Besetzern die Übergangszeiten bis zum beabsichtigten Termin des Abriß vertraglich regeln sollte.

Ende März- Auslaufen der Verträge

73 von uns Verlängerungsgesuch (Gericht: angeblich eine 1/2 Std. zu spät eingereicht)
- Räumungsklage der Wohnheim GmbH
- Schreiben des Sozialamtes: Verweis auf Nicht-Zuständigkeit des Wohnungsamtes-wir sollen uns an das Studentenwerk wenden. Antwort des Studentenwerkes: Mehrere tausend Studenten suchen Wohnungen, der Verweis auf das Studentenwerk sei nur eine Verschiebung des Problems, hinzu kommt, daß fast 20% von den Bewohnern keine Studenten sind.
- Räumungsprozeß verloren: "Verzögerung des Mietverhältnisses um 1 Tag zu spät beantragt; keine sozialen Härtefälle"
- Go-in beim Sozialamt: Forderungen uns auf Flugblättern dargelgt

Okt.73 - Auslaufen der Räumungsfrist (3.000 Genossen sind nachts in der Uni, um die Räumung zu verhindern)
- SPD will verhandlen, schickt ihren Salonlinken Berkemeyer

Nov.73 - Verhandlungen mit SPD, wir präzisieren unsere Forderungen:
Ersatzwohnraum für die ausländ. Arbeiterfamilien, die unter unzumutbaren Wohnverhältnissen in Mietstreikhäusern leben (wird auf diesem Termin von den bestimmten Familien vorgetragen) und Ersatzwohnraum für die 80 Bewohner des Häuserblocks, die in Wohngemeinschaften bleiben wollen, Ersatzräume für den Kinderladen und das Mieterzentrum.

Dez.73 - SPD bricht Verhandlungen ab- verweist auf die Ämter (die uns jedoch schon vorher ihre Nicht-Zuständigkeit schriftlich bescheinigt haben); Härtefälle sollen sich beim Wohnungsamt melden.
"Härtefälle", so die SPD in der FR, seien eine Familie mit 5 Kindern, wo der eine Elternteil krank sei-- in dem Sinne der SPD war als keiner von uns ein "Härtefall".
- Die Blockbewohner machen eine Demonstration zum Wohnungsamt "Wir sind alle Härtefälle" und tragen dort vor dem mit Bullen besetzten Amt ihre Forderungen erneut öffentlich vor.

Die Stadt kann den Abriß der Häuser verhindern: Bubis kann nicht alle in der Vorgenehmigung gemachten Auflagen erfüllen: er kann die Schumannstr. 64 nicht aufkaufen; die SPD macht jedoch davon keinen Gebrauch, sie fühlt sich Bubis moralisch verpflichtet". Gegen den geplanten Hochhausneubau legen 2 Nachbarn Widerspruch ein, der Nachbar Bock fällt um, Bubis "schenkt" ihm für das zurückziehen seines vetos gegen den Büroturm das Haus in der Schumannstr. 62.
Zwischen Weihnachten und Neujahr rechnen die Bewohner erneut mit der Räumung nach entsprechenden Erklärungen von SPD-Politikern - darauf erneute Massenversammlungen.

11.Jan.74 - Veranstaltung im Volksbildungsheim: "Wir alle gegen SPD, Banken u.Unternehmer"- Blockbewohner, Häuserrat, Kita-Mitarbeiter, LAW, Jugendhausinitiativen, Stadtteilgruppen, Kollegen von Ford und Lipstadt u.a.

Jan./Febr. - ständiger Räumungsterror- nachts fahren große Polizeifahrzeuge vor den Häusern auf: Stabscheinwerfer werden in die Fenster geblendet, Drohungen gegen die Bewohner, Zivilstreifen nehmen laufend Bewohner zur Personenkontrolle fest, nächtliche fingierte Anrufe. Die Bewohner zusammen mit dem Anwaltskollektiv Golzem, Plottnitz stellen auf einer Pressekonferenz Strafanzeige gegen die Bullen. Polizeiminister Bielefeld weiß angeblich von nichts (Nachträglich wird dieser faschistische Terror stolz als Polizeitaktik ausgegeben- auf die Strafanzeige haben wir bis heute nichts gehört)

Febr.74 - die Stadt Frankfurt gibt eine "Kommunale Stadtzeitung" heraus- eine Volksverhetzung im übelsten Sinne- bereitet die Auseinandersetzung auf der Ebene übelster faschistischer Hetzpropaganda vor.
Die Zeitung wird jedoch obwohl sehr kostspielig und aufwendig hergestellt nicht sehr groß verbreitet, anscheinend ist da doch manch biederer Sozialdemokrat über die Fähigkeiten seiner Führung erschrokken.

5.Febr.74 - der AStA der Frankfurter Uni schaltet sich in den Konflikt ein, der will Öffentlichkeit über unsere Forderungen herstellen; er stellt eine Verbindung zu Polizeiminister Bielefeld her, der sich im Dez.73 für eine "soziale Lösung" des Konflikts ausgesprochen hatte.

13. Febr.74 - Der AStA übermittelt dem Minister im Auftrag der Blockbewohner per Fernschreiber die Forderung der Bewohner. In einem Telefongespräch erklärt der Referent des Ministers, er nimmt unsere Forderungen zur Kenntnis, bei ersten Vorschlägen würden sie den AStA wieder zurückrufen. (dieses Gespräch ist auf dem Tonband mitgezeichnet).

21.Febr.74 - Bielefeld, Arndt und Müller schicken ihre Knüppelgarden zum Räumen-- ihr erster konkreter Vorschlag zur Lösung unseres Wohnungsproblems.

Meldungen, die uns vor der Räumung erreichten:

FRANKFURT (ID)
Zermürbungstaktik der Polizei
8. februar 1974

die frankfurter polizei hat in der letzten woche mehrmals räumungseinsätze gegen die bewohner der besetzten häuser bockenheimer landstraße/schumannstraße vorgetäuscht. in der nacht vom 6. zum 7. februar tauchten plötzlich mindestens 8 VM-busse der polizei in der schumannstraße auf und blieben mehrere minuten in "warteposition". in der nacht vom 7. zum 8. februar wurde die polizei noch deutlicher:

der "einsatz" begann mit meldungen im polizeifunk, nach denen die räumung unmittelbar bevorstehe ("äußerer ring geschlossen, innerer ring geschlossen"). gegen 3 uhr 3o fuhren 1o bis 15 mannschaftswagen in der schumannstraße auf, blieben jedoch wie in der nacht zuvor untätig. nach ansicht der hausbewohner will die polizeiführung neben der zermürbungstaktik offensichtlich testen, wann die telefonlisten in gang gesetzt werden: "den gefallen haben wir ihnen allerdings nicht getan."
wie wir aus der schumannstraße erfuhren, hat es bereits am nachmittag des 27. januar (sonntag) einen polizeieinsatz gegeben, der sich in diese taktik gut einpaßt: ca. 3o polizisten drangen in eines der häuser ein, um einen der bewohner zu verhaften. grund: eine strafe wegen falschen parkens in höhe von DM 1o soll nicht bezahlt worden sein. das haus war bis auf einen bewohner allerdings leer. zu den "sondereinsätzen" kommt die alltägliche zermürbungstaktik: fast jeden tag kontrollen der autos, die nachweislich hausbewohnern gehören; aber auch kontrollen von leuten, die sich zufällig in der nähe der besetzten häuser aufhalten.

Frankfurt (ID) 7.Februar 1974

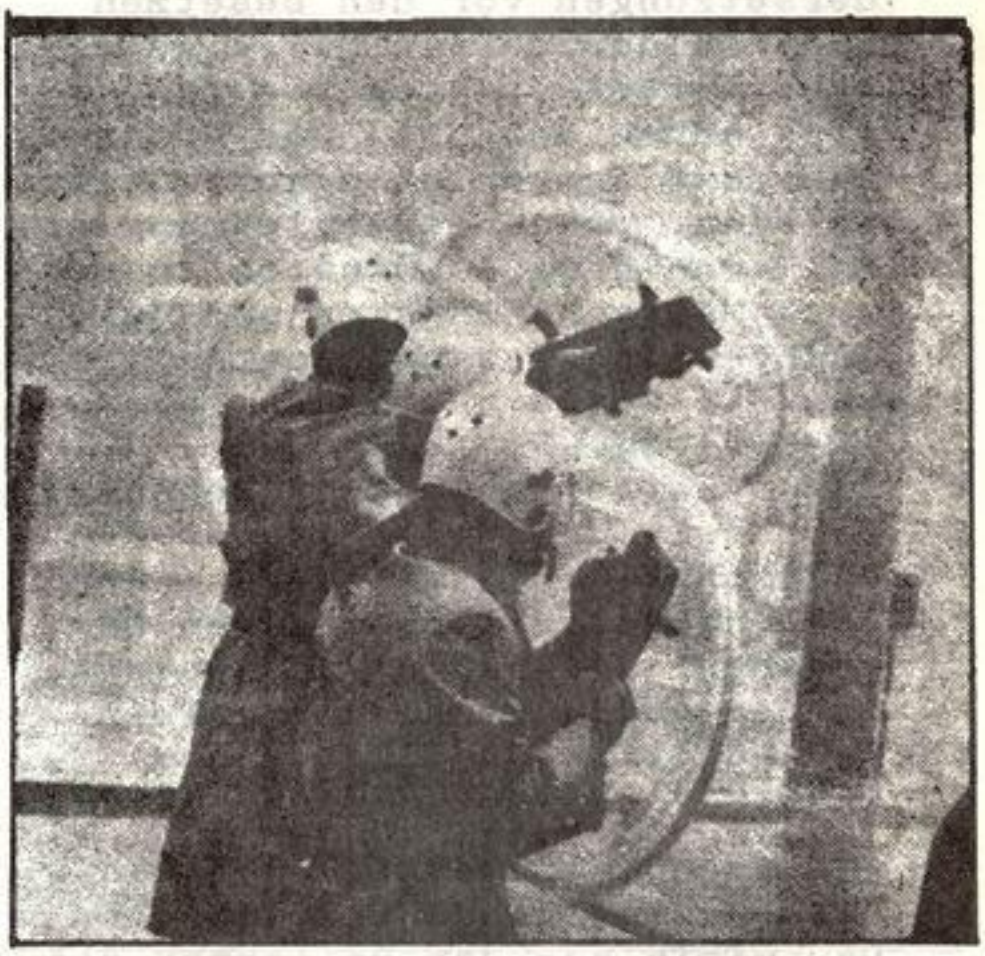
KOMMUNALE ZEITUNG DIFFAMIERT HAUSBESETZER

"was der häuserrat verschweigt" will die mommunale zeitung, ein unregelmäßig erscheinendes blatt des presse- und informationsamtes der stadt frankfurt in ihrer neuesten ausgabe aufdecken. in der 8-seitigen zeigung schwenkt der magistrat nach vorübergehender zurückhaltung wieder auf den bekannten kriminalisierungskurs ein, mit dem schon die räumung des hauses Kettenhofweg 51 im vergangenen jahr vorbereitet worden war. die hausbesetzer "brechen ihr wort", sind "chaoten ohne massenbasis", die ihr mini-anarcho-revolzzertum als interesse der arbeitenden bevölkerung ... ausgeben". dabei kommen doch die meisten "aus sogenannten bürgerlichen elternhäusern, ... die hitler duldeten ... und die heute die stütze des wirtschaftssystems sind, das von ihren söhnen und töchtern blindwütig bekämpft wird". im übrigen geht es laut kommunaler zeitung den hausbesetzern im wesentlichen um gewalt. als beweis für "kriminelle delikte" der hausbesetzer zitieren die kommunal-journalisten kollegen aus der presse : abendpost, FAZ, rundschau und neue presse; berichte, in denen von rauschgiftdelikten, vergewaltigungen und prostitution in den häusern die rede ist. der schluß: ein loblied auf die erfolge städtischer politik: " das schaubild zeigt, daß die stadt durchaus dabei ist, die situation im westend in den griff zu bekommen."
der häuserrat teilte dazu mit, daß in zusammenarbeit mit jura-professoren der universität frankfurt zur zeit maßnahmen gegen die kommunale zeitung vorbereitet werden. am montag, 11.2., will der häuserrat auf einer pressekonferenz zu den lügen und diffamierungen stellung nehmen.

Bericht der Roten Hilfe

Ortsgruppe FfM
Über die Demonstration vom 23.2.
XXX

Von der RH waren ein VW-Bus mit mehreren Sanitätern und ein PKW mit Sanitäter und einem Arzt im Einsatz. Außerdem war in der Nähe der Hauptwache und in der Universität jeweils ein fester Sanitätsplatz eingerichtet. Daneben waren Zweiertrupps zu Fuß unterwegs. In vielen Fällen wurde von Verletzten und Zeugen Adressen gesammelt, die aber von einem Genossen nach seiner Verhaftung vernichtet werden mußten.
Im Studentenhaus der UNI (das etwa 200m von den ehemals besetzten Häusern entfernt liegt) wurden behandelt: ein Beinbruch und eine schwere Kopfverletzung, außerdem in zahlreichen Fällen Tränengasverletzte, auch viele Kinder und Passanten.
Etwa um 13.20Uhr wurde auch ein Polizist behandelt. Ein Genosse befand sich an der Ecke Bockenheimer/Siesmeyerstr., als etwa 200 Polizisten kamen. Er sprang hinter eine Hecke. Etwa fünf Minuten später lag ein einzelner Polizist auf der Straße, dessen Unterkiefer ausgerenkt war und bis auf den Knochen verletzt war. Diesem hat er mit einem Verband erste Hilfe geleistet. Diesen haben dann Feuerwehrleute, die sich bei bedankt hatten, mit dem Auto weggebracht. Kurz darauf wurde der Genosse von einem gelben Ford Transit verfolgt, von daraussprin genden Zivilen eingekreist und mit Knüppeln geschlagen, obwohl er klar als Sanitäter gekennzeichnet war. Er wurde in einen 1600er VW gebracht und weggefahren. Zwei Straßen weiter aber rausgelassen mit der Auflage, sich bis zum darauffolgenden Tag beim Polizeipräsidium zu melden. Der Genosse hat sich am folgenden Tag dort gemeldet und kam zu dem Sachbearbeiter namens Eppstein, der ihn am Tag zuvor geschlagen hatte. Dieser entschuldigte sich daraufhin mehrmals, erklärte aber: "Du bist eben mißbraucht worden, hast gute Hilfe leisten wollen, wurdest aber ausgenutzt." Er droht ihm aber:"Wenn du noch einmal das



Rotkreuz-Symbol benutzt, wirst du angezeigt." In der Vorhalle des Präsidiums waren drei Polizisten mit Panzerwesten und Mpś, die ihn nach Waffen durchsuchten.
Die Genossen, die seti etwa 13 Uhr die Stelle im Studentenhaus betreut hatten, gingen um 15 Uhr, weil dann dort die UNI von Polizisten abgeriegelt war, sie nichts mehr zu tun hatten. Weitere Behandlung eines Polizisten: an der Siesmayer/Mendelssohnstr. machte ein Trupp einen Einsatz. Einer der Polizisten stolperte am Bord stein und fiel mit dem Gesicht (Visier nach oben) auf einen Begrenzungspfahl (vor Fahrschule Pohl). Sanitäter behandelten ihn und gaben ihm einen Kopfverband. Zwei weitere Polizisten kamen, wollten den Genossen erst von hinten verprügeln, haben auch einmal geschlagen, wurden dann aber abgehalten, weil sie die Situatuion erkannten, und nahmen den verletzten Polizisten mit. Vorher hatte der Genosse mehrere Leute dort mit Platzwunden und Tränengasverletzungen behandelt.
Bericht vom VW-Bus: Der Bus war mit Rotkreuz und Aufschrift Rote Hilfe gekennzeichnet. Die GEnossen beobachteten zunächst die Vorgänge am Selmi-Haus um 13 Uhr. Dort waren schon Steine geflogen Ein Fotoreporter wurde stark verprügelt. Auch ein Reporter der Frakfurter Rundschau*, der nur

★ siehe S 8

fragte, warum sie so brutal vorgehen, wurde vermöbelt.
Nachdem Genossen aus diesem Bus bei den nachfolgenden Auseinandersetzungen vor den besetzten Häusern dort erste Hilfe geleistet hatten, fuhren sie zur Gräf str.(neben der UNI) und behandelten dort Armverletzungen, Knieverletzung, Tränengasverletzung etc Es kamen etwa 10 Minuten später vier Mannschaftswagen und durchsuchten den Bus und kontrollierten die Ausweise. Gingen aber wieder weg.
Zuvor hatte es schon gegenüber der Aral-Tankstelle an der Mendelssohnstr..(13.15 Uhr) einen Tränengasangriff gegen den Bus gegeben. Der Fahrer des Busses, in dem gerade mehrere Verletzte behandelt wurden, hatte vom Fahrer eines Mannschaftswagens

ein Zeichen bemerkt und daraufhin das Fenster hinuntergekurbelt. Daraufhin zog der Beifahrer dieses Wagens eine Tränengaspistole heraus und sprühte damit in den Bus, wodurch die Sanitäter und Verletzten eine ganze Ladung abbekamen. Der Fahrer-Genosse dreh te sofort das Fenster wieder hoch Der Bus wurde dann am Beethovenplatz mit einem starken Strahl aus dem Wasserwerfer aus nächster Nähe bespritzt mit der Absicht, damit die Scheiben kaputtzumachen, was aber nicht gelang. Der letzte Angriff auf den Bus geschah gegen 15 Uhr an dem Eschenheimer Turm vor dem Selmi-Haus: Ein Trupp von zivilen hielten den Wagen an und verlangten die Ausweise. Sie rissen die mit Klebeband gefertigten Rotkreuzsymbole ab und erklärten, sie seien nicht vom Roten Kreuz. Auf die Entgegnung, sie seien von der Roten Hilfe, erklärten sie:" Eine Rote Hilfe gibt es nicht." Dann öffneten sie den Motorraum und fummelten dort herum. Nachdem sprang der Wagen nicht an, die Genossen stellten fest, daß Kabel herausgerissen waren und eine Sicherung fehlte. Durch Anschieben konnten sie den Wagen wieder in Gang setzen. Das Auto mit den Zivilen beobachtete dies alles. Später mußten die Genossen feststellen, daß das Auto nicht mehr mit Anschieben in Gang zu setzen ist. Es ist zur Zeit kaputt.
Bericht vom BMW-Wagen, bzw. der Stelle an der Hauptwache: diese hatte zunächst wenig zu tun. Sie erhielten Anruf, daß an der UNI viel zu tun ist und fuhren um 13.30 Uhr von dort weg. Sie hatten aber ein verletztes Kind dabei, wurden von Wasserwerfern daran gehindert rauszufahren.

Als der Mann sich losriß, schlugen zwei Polizisten zu

Prügel für Fotografen

Samstag gegen 12.30 Uhr: Der Zug der Demonstranten marschiert am Eschenheimer Turm vorbei, Richtung Selmi-Bank. Am Turm, in der Großen Eschenheimer Straße — dort ist alles ruhig — laufen zwei Männer in grünen Parkern, leicht erkennbar als Polizisten in Zivil.

Ein dritter, zirka 30 Jahre, Brille, Schnurrbart, rennt vor die beiden und fotografiert sie mit einer kleinen Kamera. Die Polizisten greifen sich den Fotografen, nehmen ihn in den Polizeigriff und schleifen den sich Sträubenden die Straße hinunter.

Nach Aussagen eines Augenzeugen versucht sich der Festgenommene an der „annas"-Passage loszureißen, worauf ihm einer der Polizisten mit einem tragbaren Funkgerät ins Gesicht schlägt und der andere ihm mit dem Ellenbogen in die Herzgegend stößt; der Fotograf windet sich blutend und stöhnend am Boden, Passanten werden aufmerksam und umstehen die Szene.

Die beiden Zivilpolizisten rufen per Funk Verstärkung: aus einem Mannschaftswagen springt ein Trupp Polizisten: jung, mit langem Mantel, Helm und Schild. An der umgeschnallten Neunmillimeter-Pistole leicht als Bereitschaftspolizei zu erkennen.

Die Umstehenden empören sich darüber, daß für den am Boden liegenden Fotografen, dem einer der Polizisten in Zivil den Brustkorb massiert, kein Krankenwagen gerufen wird. Ein Mann — ein Fahrer der FR— tritt auf die Polizisten zu, sagt etwas. Plötzlich holt ein Beamter aus und schlägt dem Mann wuchtig mit dem Gummiknüppel auf den Kopf. Aus einer Stirnwunde spritzt Blut. Kollegen bringen den Verletzten in die Eingangshalle der FR und versuchen, das Blut zu stillen.

Inzwischen wurde der niedergeschlagene Fotograf ohne ärztliche Hilfe — durch den Schlag mit dem Funkgerät hat er eine zentimeterlange Platzwunde unter der Unterlippe — in einen Polizei-VW verfrachtet und abtransportiert. Die Polizisten steigen in ihren Mannschaftswagen und fahren davon. Zurück bleiben empörte Zuschauer und eine Handvoll Pressefotografen.

kick

Die Polizei hat zugeschlagen.

Als sie einem Polizisten sagten, sie hätten ein verletztes Kind da bei, schlug er mit dem Knüppel in das Auto. Es gelang ihnen durch eine Lücke herauszufahren. Sie fuhren dann zum Asta, merkten aber daß dort schon eine Station ist und beschlossen, eine weitere in einer in der Nähe gelegnen Buchhandlung aufzuschlagen. Sie konnten

feststellen, daß die Polizei lediglich im Uni Bereich Blieb, auch mit den Wasserwerfern und sich nicht traute, in die Stadt nach Bockenheim vorzugehen. Dort haben sie drei Verletzte behandelt.
Um 15 Uhr hörten sie in der Buchhandlung, daß sich die Demonstranten am Hessenplatz versammelten, sie fuhren hin, es waren auch etwa 1000 da, aber es kam die Parole: zum Römer. Sie fuhren dannerst ins RH-Büro und dann zum Römer, wo es aber keine Arbeit mehr gab, da dieser Bereich schon frühzeitig abgeriegelt worden war.
Andere GEnossen, die von einer anderen Seite zum Römer kamen, merkten, daß dort nichts ist, und gingen in ein Lokal, dort hörten sie aber Pfiffe und Beschimpfungen und sahen Blaulicht. Als sie raus kamen, war alles schon gelaufen.
Außerdem hatten sie auf dem Weg gesehen, daß in der neuen Kräme ein Wasserwerfereinsatz war, da es dort noch naß war und das Tränengas in der Straße stand.
Um 17 Uhr waren wieder Genossen in den Campus gekommen. Dort sahen sie vom Studentenhaus oben den Polizeieinsatz mit etwa 1000Mann. Diese warfen Tränengasgranaten, umstellten das Studentenhaus, verprügelten die Genossen und nahmen sie fest. ("Es sah von oben aus wie eine Champignonzucht. All diese weißen Helme"). Die Genossen haben dann die Verletzten (Tränengas) versorgt, auch viele Kinder. Außerdem den Fotografen Offermann, der nach der Behandlung gleich mutig weiter knipste.

PRESSEERKLÄRUNG

was sich am letzten wochenende in frankfurt abgespielt hat können wir nur noch als die form des brutalen faschismus bezeichnen, die sich von ähnlichen vorgängen in griechenland oder chile allenfalls dadurch unterscheidet, daß es zu keinen morden gekommen ist.

frankfurt und der terror der staatsgewalt gegenüber demonstranten und unbeteiligten bürgern hat, so meinen wir, teilweise die intensität übelster übergriffe, wie wir sie eben aus griechenland oder chile kennen, erreicht.

wenn wie in frankfurt geschehene vorbeugehaft praktiziert wird, ein sozialdemokratischer oberbürgermeister nach dem bundesverfassungsschutz rufen kann, dann fragen wir uns, welche politischen motive auszuschließen sind, daß auch die demokraten innerhalb der spd und fdp nicht mehr erkennen, daß sie mit ihrer politik der gewalt und unterdrückung genau die ursachen und keine herbeigeredeten straftaten - die diese demokratie zerstören - der zerstörungsprozeß demokratischer rechte ist in frankfurt schon am weitesten fortgeschritten.

was ist am letzten wochenende geschehen? vorbeugehaft für über 180 personen, die auf den straßen wahllos aufgegriffen wurden oder die im studentenwohnheim gefangen hatten, bzw. dort wohnten, die meisten der verhafteten wurden schon bei festnahme, insbesondere aber auf den polizeirevieren und auf dem polizeipräsidium brutal mißhandelt.

verschiedene festgenommene mußten sich hinsetzen, um den polizeibeamten machen, als sie nicht mehr konnten wurden sie mit gewalt dazu gezwungen. körperliche wurden ohnmächtig zusammengeschlagen. ein anderer festgenommener mußte vor den polizeibeamten liegestütze machen, bis er total erschöpft zusammenbrach, worauf sie ihn die polizisten auf- und drückten ihm die gurgel zu und riefen ihm zu: du bist nie mehr auf demonstrationen. „" du gehst nicht mehr auf demonstrationen?" erst als der verhaftete mit "nein" antwortete, ließ man ihn aus dem würgegriff.

das aber sind alles keine einzelfälle!

wir sehen auch, daß es den verhafteten teilweise nicht ermöglicht wurde, einen rechtsanwalt zu rufen. diese maßnahme steht im zusammenhang mit der verhaftung des juristen gerhard knöss, der schon bei der festnahme seiner mandanten, später als rechtsbeistand bei den hausbesetzern anwesend war, tätlich angegriffen wurde.

unter diesen umständen scheint es notwendig zu sein, gegen diesen terror in frankfurt, den wir als zerstörung elementarster grundrechte ansehen müssen, widerstand zu leisten.

wer von den vorgängen die sich bei den verhaftungen, in polizeirevieren und im polizeipräsidium abspielten, schweigt, macht sich mitschuldig, weil er zu der schweigenden masse derjenigen gehört, die aus angst vor konsequenzen den kampf gegen den faschismus in frankfurt nicht aufnimmt.

aus diesem grund hat sich in frankfurt ein ermittlungsausschuß gebildet, der die übergriffe von polizei auf demonstranten und unbeteiligte bürger sammelt und auswertet. wir fordern alle bürger frankfurts auf, sich mit ihren beobachtungen und erfahrungen an diesen ermittlungsausschuß zu wenden.

zu den 36 festgenommenen Rockern:

die rockergruppe "bones" hat am samstag,d. 23.2. wie jedes jahr fasching gefeiert.dazu waren auch kumpel aus anderen städten eingetroffen,sie wollten auch am somntäglichen umzug teilnehmen.dazu hatten sie einen treff um 12 uhr ausgemacht. 36 von ihnen sind gemeinsam zum treff gefahren,haben ihre öfen abgestellt und wollten auf die anderen warten.nach ca.10 minuten bogen ca 4-5 mannschaftswagen um die ecke,die grünen sprangen raus,umstellten die gruppe und "da konntest du mal sehen,wie blutrünstig wir waren,wir haben nicht mal gegenwehr geleistet."sie wurden festgenommen und zur bereitschaft der grünen in der albos str. gebracht.es wurden ihnen die waffen abgenommen: 2 alte bajonette,1 schlagring,1 ne eisenkette,mehrere messingketten,ein klappmesser,mehrere taschenmesser,2 schreckschusspistolen,mehrere zündplätzchenpistolen,die in dem polizeibericht aufgeführten "dum-dum"geschosse waren teil aus holz,teils andere attrappen,eine nebelkerze und ihr klubabzeichen (bones):ein kuhknochen.
bis auf die nebelkerze bekamen sie alles zurück!!!für rocker war es auch keine aussergewöhnliche ausstattung.
dass die gruppe als terrorhaufen i

n der öffentlichkeit hochgespielt werden sollte,ist auch daraus ersi chtlich,dass ihnen kein haar gekrü mmt wurde,im gegensatz zu anderen festgenommenen,die ganz schön zers chlagen aussahen und ihnen von sei ten der bullen gesagt wurde:ihr si tzt nur hier wegen der studenten,d ie so einen terror machen!
offiziell hiess es: verdacht auf l andfriedensbruch,deshalb vorbeugeh aft!
in der klapperfeldagsse wurden sie eingeknastet,da lief dann noch fol gendes ab:die zelle wird aufgeschl ossen,davor stehen grüne und haben einen blutig geschlagenen typen be i sich,sie sagen:"wegen dieser typ en sitzt ihr hier,sollen wir ihn r einschicken?"die bones darauf:"ein er von uns ist ausgeflippt und wol lte sich den kleinen vornehmen,wir haben ihm aber gesagt,er würde woh l spinnen und den schweinen,dass s ie uns nicht gegeneinander ausspie len können!der kam dann in die and ere zelle.

sie wurden dann erkennungsdienstli ch behandelt,verhört und um 23 uhr entlassen.
"weil wir sa blutrünstig sind"

frankfurt (HF)

wie der asta vorsitzende,michael k rahwinkel,(bild oben pfeil) auf ei ner pressekonferenz am 24.2. mitte ilte,wurde er zweimal verhaftet.
das erste mal wurde er,direkt nach dem die demonstration am samstag v on ihm aufgelöst worden war aus de m lautsprecherwagen geholt und fes tgenommen.man durchsuchte ihn nach waffen,stellte ihn unter anklage w egen landfriedensbruch und nahm ih n in vorbeugehaft.nach seinen auss agen wurde er,im gegensatz zu ande ren gefangenen während der haft ni cht von polizisten gefoltert.währe nd der haft sah er mehrere genosse n mit dicken platzwunden,die bei d er fahrstuhlfahrt zum verhörzimmer von bullen brutal gegen die wand g estossen worden waren.
die hetze gegen den asta (terrorze ntrale),die sperrung der gelder du rch den rektor sind nur ein vorläu figer schlusspunkt in einer langfr istigen strategie der herrschenden deren ziel es ist,die organe der s tudentischen genossen,die nicht me hr auf standespolitik abfahren,zu liquidieren.

shcon vor einiger zeit hatten die bullen eine hausdurchsuchung im f rankfurter asta gemacht,und die dr uckplatten für ein flugblatt besch lagnahmt,das auf die räumung der h äuser vorbereitete.

FRANKFURTER BODENSPEKULANT SELMI: GUTE GESCHÄFTE

Die Frankfurter Selmi-Bank AG, die in die skandalösen Frankfurter Bodenspekulationen im Stadtteil Westend verwickelt ist, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr so erhebliche Gewinne gemacht, daß eine Dividendenausschüttung erstmals nicht mehr zu umgehen war: Sie zahlt 3,5 Prozent auf das Aktienkapital von 10 Millionen DM. Hauptaktionär der Bank ist der Perser Ali Selmi. Die Bilanzsumme der Bank ist in ihrem vierten Geschäftsjahr auf 267 Millionen DM gestiegen – ein Jahr zuvor verzeichnete man noch 153 Millionen DM. Wichtigster Geschäftszweig soll im letzten Jahr der Goldhandel gewesen sein.

Der Selmi-Bank gehören die Alfin (Allgemeine Beteiligungs- und Leasing GmbH), die Baumeister Kreditbank AG, die Albau (Allgemeine Bau- und Verwaltungs GmbH), über die die Grundstücksspekulationen laufen), die Allgemeine Datenservice GmbH und Teile der Finanzcreditbank in Zürich sowie ein Beiruter Handelskontor.

die kriminalisierung des häuserkam
pfes in frankfurt kommt nicht von
ungefähr.wenn wir die eigentumsfra
ge in betrieben und stadtteilen st
ellen,wenn wir den häuserkampf nic
ht zu reformillusionen degeneriere
lassen,sondern zur machtfrage erhe
ben,dann ist das notwendig illegal
,kriminell.wassoll es,die strassen
kämpfe zu rechtfertigen,die provok
ation liegt nicht im anblick von a
bgerissenen häusern mit davorsteh
enden bullen allein,die provokatio
n liegt in dem system,in das wir h
ineingeboren sind.der kampf dagege
n,die strassenschlachten in frankf
urt bedürfen nicht der rechtfertig
ung von unserer seite.rechenschaft
müssen die spekulanten ablegen,müs
sen diejenigen ablegen,auf deren k
onto arbeitshetze und betriebsunfä
lle gehen,auf deren konto der völk
ermord in der dritten welt geht.st
rassenkämpfe sind nicht reaktion.s
ie sind aktion.sie sind kriminell.
das darf nicht verwundern,denn rev
olution zu machen ist nach dem str
afgesetzbuch der herrschenden nun
mal verboten.

„Die revolutionäre Linke ist kriminell"

Horst Mahler aus der Untersuchungshaft für den SPIEGEL [1]

Nicht mehr die Popo (Politische Polizei), sondern das Raubdezernat der Kripo ist in West-Berlin künftig für die Verfolgung der „Roten Armee Fraktion" (RAF) zuständig. Diese Zuständigkeitsänderung ist der letzte demonstrative Liebesentzug, zu dem die bürgerliche Gesellschaft im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung fähig ist.

Der Stadtguerilla wird der politische Anspruch bestritten, sie selbst als „Gang" oder „Bande" eingestuft, und ihre Aktivitäten werden als „Schwerstkriminalität" (Kriminaldirektor Eitner) qualifiziert — als ob zwischen revolutionärer Politik und Kriminalität ein unauflösbarer Gegensatz bestünde. Allerdings entlarvt der immense und unverhältnismäßige Fahndungsaufwand die Propagandalüge von der „apolitischen Kriminalität" der RAF.

Revolutionäre Politik ist notwendig kriminell. Was als Verbrechen gilt, bestimmen die Tatbestände des staatlichen Strafrechts. Die Strafgewalt des Staates ist geschichtlich entstanden zum Schutze und zur Bewahrung der Herrschaft von besitzenden Minderheiten über die besitzlose und ausgebeutete Mehrheit des Volkes: zum Schutze der Sklavenhalter gegen die Sklaven, der Feudalherren gegen die Leibeigenen, des Kapitals gegen die Lohnabhängigen.

Kriminalisiert und bestraft werden alle Verhaltensweisen, die direkt oder indirekt das System der Ausbeutung und die Macht der Ausbeuter gefährden könnten. Dabei richten sich die schwersten Strafdrohungen gegen die organisierte Auflehnung gegen die jeweils bestehende Ordnung. Dem entspricht der bürgerliche Begriff von Politik, der sich im Filibustern, in der Produktion von Resolutionen und Programmen, in Unterschriftssammlungen und im Ausfüllen von Wahlzetteln erschöpft.

Weil Schallwellen und beschriebenes Papier allein die Macht nicht stürzen, kann diese Form der Politik solange von den Herrschenden erlaubt werden, wie die Massen nicht auf den Gedanken kommen, die Programme und Appelle unmittelbar selbst in die Tat umzusetzen. Legalität ist wesentlich Bewahrung von Herrschaft durch Respektierung ihrer Institutionen; praktischer Kommunismus ist deren Abschaffung durch Initiative und Selbstbestimmung der lohnabhängigen Massen. Folglich ist die kommunistische Bewegung die illegalste Sache der Welt.

Sich auf die Tatsache berufend, daß ohne Ordnung im Sinne eines geregelten Systems zwischenmenschlicher Beziehungen ein Zusammenleben schlechthin unmöglich ist, basteln liberale Schöngeister unermüdlich am Fetisch „Legalität und Gewaltlosigkeit". Ordnung wird von konkreten historischen Formationen abstrahiert, die allgegenwärtige Gewalt und Gewalttätigkeit der Herrschenden ignoriert oder als Naturereignis akzeptiert.

Diese blutleere und wirklichkeitsferne Ordnungsvorstellung bürgerlicher Ideologen ist der Nebelvorhang, hinter dem die Ausbeuterklassen ihre Verbrechen an der Menschheit begehen. Daß die gegenwärtige Ordnung des Spätkapitalismus noch schlechter sein, noch mehr Faschismus hervorbringen könnte, vermag die Beihilfe zur Unmenschlichkeit nicht zu rechtfertigen, die unvermeidlich mit jeglicher Anerkennung dieser Ordnung verbunden ist.

Nicht der lebt im Stande der Unschuld, der den Konventionen und Gesetzen der bürgerlichen Gesellschaft folgt; denn er ermöglicht durch seine Willfährigkeit den herrschenden Schichten die Fortsetzung des Völkermordens in Asien, in Afrika und in Lateinamerika. Er trägt Verantwortung am millionenfachen Hungertod; er optiert für eine Ordnung, die die Menschen in den entwickelten Industrieländern mit den subtilen Methoden des Psychoterrors zerstört — nach amtlichen Angaben leben in der BRD über sechs Millionen psychisch Erkrankte.

Wer mit dem scheinbaren Wohlstand gegen die Aktualität der sozialen Revolution in der Bundesrepublik argumentiert, übersieht hier die frühkapitalistischen Lebensbedingungen von über drei Millionen Arbeitern, die faktisch rechtlos sind und mit den Mitteln des Ausländergesetzes nach Belieben deportiert werden können; verkennt die Bedeutung der zunehmenden öffentlichen Armut, der Verwüstung der Städte, der Zerstörung der Umwelt, der Bildungskrise, der wachsenden Verelendung der Jugend, der ins Bewußtsein dringenden Unterdrückung der Frauen; verschließt sich der Lebensnot der aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Alten.

Als Mensch leben und menschlich handeln heißt heute gegen die Legalität der kapitalistischen Bereicherungssucht kämpfen und die bürgerliche Ordnung zerstören. Liberale Sonntagsredner lassen sich zuweilen herbei, den geschundenen Massen der „Dritten Welt" das Recht zu gewaltsamer Erhebung zuzugestehen. Doch wird es Mode, dieses Zugeständnis mit leidenschaftlicher Verdammung des Widerstandes gegen die subtileren Formen der Knechtschaft im Hinterland der Unterdrückung zu verbinden.

In dieser Optik erscheint höherer Lebensstandard als das Linsengericht, für das wir unser Erstgeburtsrecht als Subjekte unseres gesellschaftlichen Schicksals hergegeben haben. Gegen diese Philistermoral setzt die revolutionäre Stadtguerilla in den Metropolen des Kapitalismus die Solidarität mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten, insbesondere mit denen, die in der „Dritten

Kapitalismus als menschenfressendes Ungeheuer erkannt haben, müssen wir, die wir im Kopfe dieses Ungeheuers hausen, zualiererst und unter allen Umständen seine Nervenzentren durcheinanderbringen und dürfen nicht darauf warten, bis ihm jene die Zähne ausgebrochen haben, die gerade gefressen werden" (RAF-Kollektiv in Rotbuch 29).

Das bürgerliche System hat die geschichtliche Chance zu friedlicher Transformation in eine menschliche Ordnung nicht genutzt. Die fünf Jahrzehnte der Blüte des Parlamentarismus waren die finsterste Periode aller bisherigen Geschichte: wissenschaftlich-methodische Massenvernichtung von Menschen in noch nicht dagewesenem Ausmaß, durch Profitgier bedingte Hungersnöte, die die Festilenzen des Mittelalters als Lappalien erscheinen lassen; Kriege, die mehr Tote produzierten als alle früheren Kriege von de- der religiösen und rassischer Minderheiten, die an Intensität und Grausamkeit die Inquisition und andere Bewegungen religiösen und politischen Irrsinns in den Schatten stellen.

Als politische Wahrscheinlichkeit droht die atomare Vernichtung ganzer Völker und jeglicher Zivilisation. Vor diesem Hintergrund liegt die Beweis- und Rechtfertigungslast wahrlich nicht bei denen, die an die Möglichkeit einer friedlichen Umwälzung nicht mehr glauben können. Der Kapitalismus muß an allen Fronten besiegt werden.

Das geht nicht mit Papier und schönen Worten. Revolutionärer Kampf heißt Mobilisierung der lohnabhängigen Massen zur unmittelbaren Durchsetzung ihrer Bedürfnisse in allen Bereichen, heißt Verteidigung der Massen gegen die Konterrevolution.

Dazu bedarf es einer sorgfältig auf- und wachsender Erfahrung auf technischem und taktischem Gebiet, eines Stützpunkt- und Nachrichtensystems u.v.m. Die Guerilla wird die dazu benötigten Mittel von denen nehmen, die sie auf Kosten des Volkes an sich gebracht und monopolisiert haben.

Das ist kriminell, weil es gegen die Gesetze der Herrschenden verstößt. Das ist revolutionär, weil diese Seite des Kampfes eine notwendige Bedingung der Revolution ist. Während jedoch die übliche Kriminalität unmittelbar das Interesse privater Bereicherung bzw. Befriedigung verfolgt hat die Kriminalität der Revolutionäre die Verwirklichung gesellschaftlicher Bedürfnisse zum Inhalt. Sie richtet sich gegen die Reichen und Mächtigen und schont die Besitzlosen und Unterdrückten.

Wir werden siegen!

Horst Mahler, 14. 1. 1972

[1] Erschienen im SPIEGEL, Nr. 5 vom 24.1.1972

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. *Multinationale Betriebsarbeit der Gruppe „Arbeitersache" in München* 6.80

Die Entwicklung eines Ansatzes von revolutionärer Betriebsarbeit seit 1970. Dargestellt werden einerseits politische Grundpositionen: die Notwendigkeit für eine wirklich multinationale Organisierung/die Untersuchungsarbeit/Arbeiterautonomie/Externe Arbeit etc. Andererseits die wichtigsten Kampagnen und Ereignisse im Betrieb bis 1972.

Der Westen wird rot. *Die „Maos" in Frankreich: Gespräche und Reportagen. Eingeleitet von J. P. Sartre*

Gespräche mit Arbeitern, Frauen, Schülern, Jugendlichen, Bauern, die in den vordersten Reihen der Kämpfe stehen. Sie wissen, die Bedürfnisse der Massen lassen sich nur „illegal" verwirklichen – und das bestimmt ihre Kampfformen gegen die Arbeitshetze, das schlechte Leben, die Preise. Ein Text, der verstehen läßt, warum das Kapital in Frankreich die „Maos" fürchten gelernt hat.

200 Seiten DM 12.80

Wir wollen ALLES

Roman der Fiatkämpfe

Übers. von P. Chotjewitz

Der Arbeiter ROMAN

DM 6.80

..und eine Zeitung revolutionärer Gruppen aus verschiedenen Städten. Betrieb, Stadtteil, Lehrlinge, Schüler...

TONKOOPERATIVE Hannover

Demnächst NEU

Single

Multinational Corporation Blues

+ George Jackson
+ Joe Hill
+ Sacco und Vanzetti
-4Stücke- 5.- DM -

SCHALLPLATTEN:

Neuauflage
LP 33/30 mit Textheft
LIEDER DES INTERNATIONALEN PROLETARIATS DM 10.-

WIR SIND NICHT KÄUFLICH!
Originalmitschnitt des Versuches zweier Verfassungsschutzbullen einen hannoveraner Genossen anzuwerben. LP 33/30 10.-
Neu im Trikont-Vertrieb

Politrock – Revolutionäre Lieder aus Afrika, Irland, Lateinamerika, Vietnam, USA

Lotta Continua. Bella ciao Tupamaros

ITALIEN

Wir befreien uns selbst
Lieder der "Arbeitersache"
München, 1973, 15.-
LP 33/30, Stereo

Prospekt anfordern!
8 München 80, Josephsburgstr. 16

TRIKONT

erhältlich im Buchladen Jugendzentrum Nordstadt

Ton Steine Scherben
2 LP's 20.- Keine für Macht für Niemand

Index NEU LP 15.-
von der Politrockgruppe KomKol

Bericht über die Arbeit der Stadtteilgruppe Oststadt-List (ASOL) in Hannover

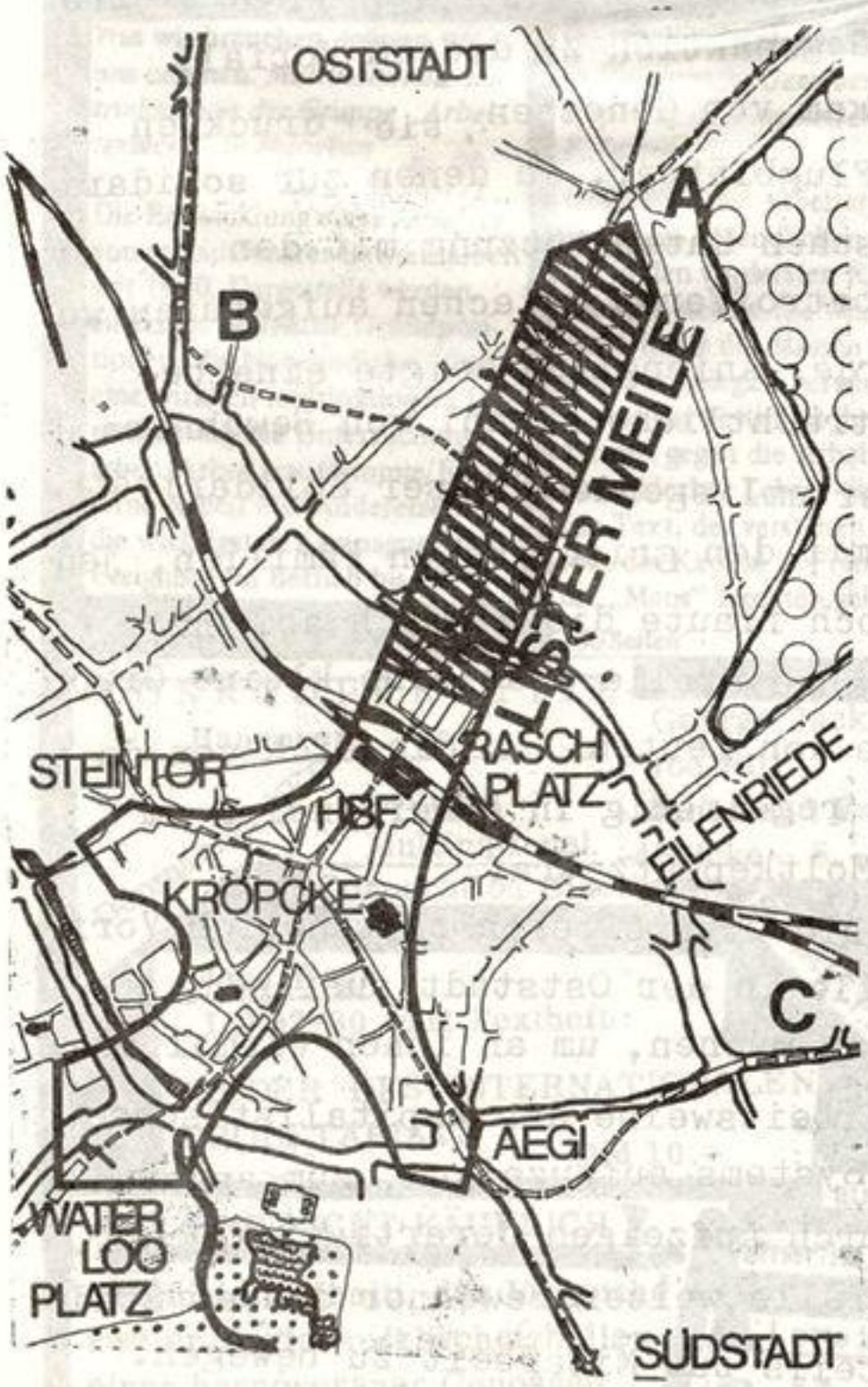
ASOL

Der Stadtteil Oststadt-List erstreckt sich östlich vom Hauptbahnhof bis zum Mittellandkanal. Er besteht hauptsächlich aus Häusern, die zwischen 1850 und 1914 erbaut worden sind. Viele dieser Häuser sind im letzten Weltkrieg zerstört und in der Nachkriegszeit auf den alten Fundamenten wieder aufgebaut worden. Die Oststadt war nach dem Kriege ein wichtiges Unterkunftsgebiet für Flüchtlinge und dementsprechend zum Bersten überbelegt. Das "Wirtschaftswunder" und der großangelegte Wohnungsbau in den Außenbezirken führten dann zum Auszug der jüngeren erwerbstätigen Bevölkerung und ließen die älteren Bewohner zurück. In die freiwerdenden Wohnungen, die meist nur eine mangelnde Grundausstattung hatten, zogen ausländische Kollegen und materiell schlechter gestellte Familien ein. Heute weisen viele Häuser des Stadtteils Oststadt-List deutliche Zeichen der Überalterung und des Verfalls auf.

Die meisten Mitglieder der Stadtteilgruppe wohnen seit 1 bis 2 Jahren in der Oststadt-List und haben sich bereits vorher mit antikapitalistischer Basisarbeit beschäftigt. Die Gruppe fand sich im Juni 1973 zusammen als der Hausbesitzer Gaedeke in der Jacobistraße mehrere griechische Arbeiterfamilien mit Hilfe der Polizei auf die Straße prügelte und anschließend ihre Wohnungseinrichtung zerstörte. Die erste organisierte Gegenaktion zu diesem Vorfall kam von Genossen, sie druckten Flugblätter, in denen zur solidarischen Unterstützung mit den betroffenen Griechen aufgerufen wurde. Anfänglich zeigte eine beträchtliche Anzahl von Bewohnern der umliegenden Häuser Solidarität mit den griechischen Familien, jedoch flaute diese rasch ab. An ihre Stelle trat eine kleine Gruppe von Leuten, die sich von da an regelmäßig in einer Kneipe am Moltkeplatz traf.

Die Gruppe beschloß, ähnlich Vorfälle in der Oststadt ausfindig zu machen, um an ihnen einmal die Arbeitsweise des kapitalistischen Systems aufzuzeigen, zum anderen durch Aufzeigen derartiger Vorfälle weitere Bewohner dieses Stadtteils zur Mitarbeit zu bewegen.

Die Gruppe begann mit der Befragung von Hausbewohnern nach Wohnungszustand und Mietethöhungen, sowie mit dem Zusammentragen von statistischen Unterlagen. Im Verlauf dieser Arbeit wurden wir auf die Bedeutung des U-Bahn-Baus für die Oststadt aufmerksam. An den U-Bahn-Bau ist ein umfangreiches Bauprogramm geknüpft, das den Ausbau des Kröpcke-Zentrums, der Ladenstraße unter dem Bahnhof und das Raschplatz-Zentrum umfaßt. Der Sinn dieses Bauprogramms wurde uns deutlicher, als wir von den städtischen Behörden erfuhren, daß der Raschplatz nicht mehr "hinter dem Bahnhof" liegen soll te, sondern voll in die City "integriert" werden



solle. Den Stadt behörden ist diese Eingliederung so wichtig, daß sie den Raschplatz-Ausbau zum"wichtigsten inn-erstädtischen Vorhaben der siebzieger Jahre" erklärt haben. So wie wir es sehen, wird in absehbarer Zeit das Stadtzentrum

für die hereindrängenden Kapitalisten zu eng. Es soll so erweitert werden daß die Kapitalisten

So sieht die Stadt das Ganze
Aus:Beiträge zum Flächennutzungsplan Heft5

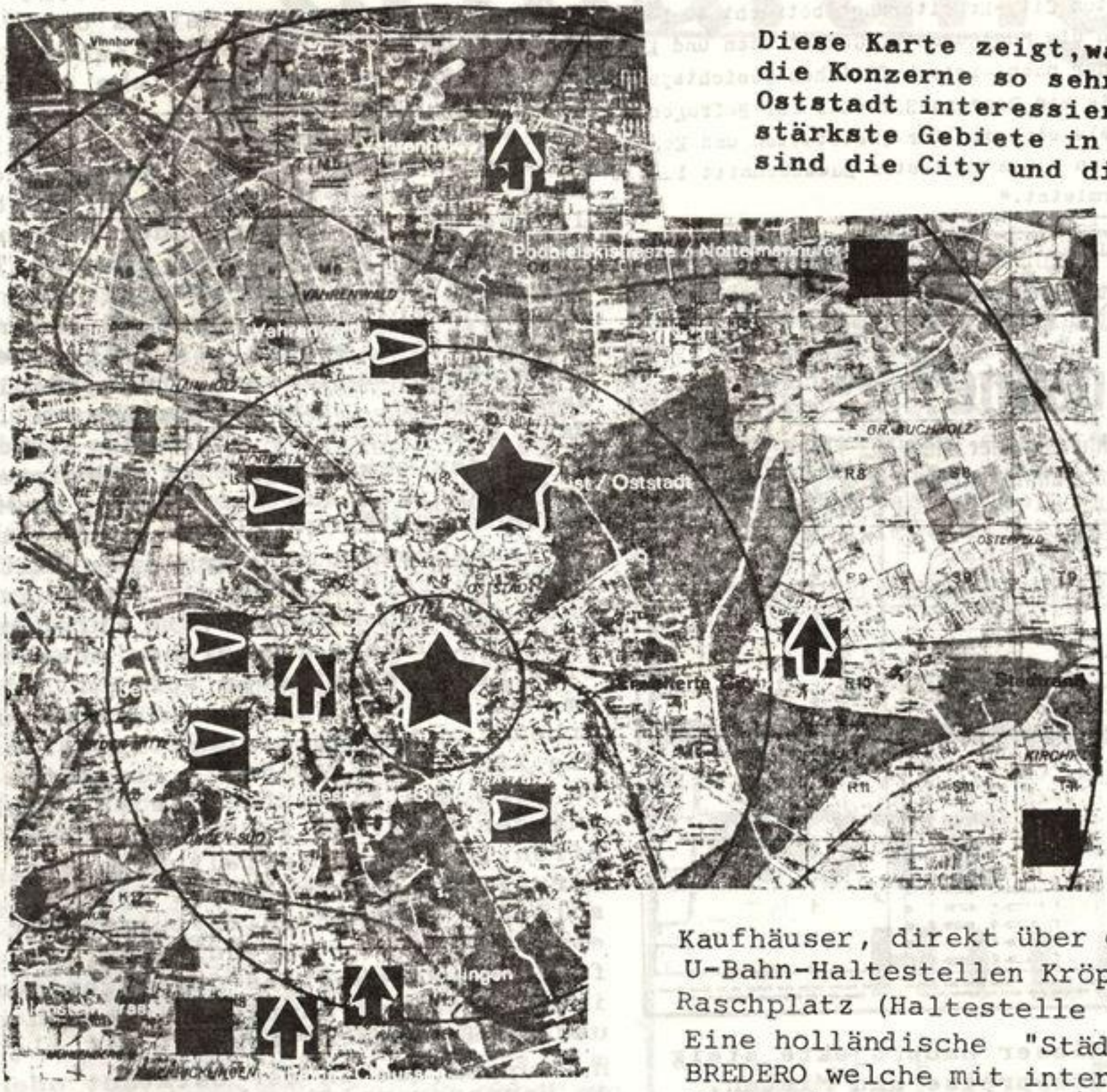
Gebäudezustand

Das Wohngebiet Oststadt stammt überwiegend aus der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Die Zerstörungen des zweiten Weltkrieges waren hier geringer als in anderen Stadtteilen.

Vor allem im Kreuzungsbereich der Lister Meile mit der Celler Straße-Wedekindstraße und im Bereich südlich des Lister Platzes ist der Anteil der erneuerungsbedürftigen Gebäude verhältnismäßig groß. Die Baublöcke sind in ihrer Größe meist hinreichend, das Blockinnere ist jedoch häufig durch Hinterhausbebauung verstellt. Der Einbau von Einstellplätzen in die Blöcke ist in den meisten Fällen erst im Zuge von Erneuerungsmaßnahmen möglich.

Dennoch bietet sich die Möglichkeit an, reizvolle alte Bausubstanz mit verhältnismäßig einfachen Mitteln zu erhalten oder wieder sichtbar zu machen, wie z. B. durch farbige Hausanstriche.

Die Wohn- und Umweltqualität wurde und wird vor allem durch den Automobilverkehr beeinträchtigt. Die Zahl der Parkplätze im Straßenraum war zu gering, die Bürgersteige zu schmal, die Belästigung und Gefährdung nahezu unerträglich. Wenn es gelingt, die Oststadt gänzlich vom durchfließenden Verkehr zu befreien und Einstellflächen in genügender Zahl bereitzustellen, ist eine örtliche Erneuerung ausreichend.



Diese Karte zeigt,warum sich die Konzerne so sehr für die Oststadt interessieren:Umsatz stärkste Gebiete in Hannover sind die City und die Oststadt

auf einem zusammenhängenden Gebiet untereinander in engster Verbindung stehen können. Dadurch erklärt sich auch, weshalb in die Oststadt-List nicht nur eine U-Bahnlinie, sondern auch eine ganze Ladenstraße gelegt wurde. Mitte Oktober 1973 veranstalteten die Stadtbehörden einen "tag der offenen Tür". Das ganze Verfahren der kapitalistischen Stadtplanung wurde vorgeführt:

Kaufhäuser, direkt über den U-Bahn-Haltestellen Kröpke und Raschplatz (Haltestelle "Bahnhof" Eine holländische "Städtebaufirma BREDERO welche mit internationalem Kapital arbeitet ,that als Stadtplaner auf und zeigte einen Film über ihre Arbeit für das Wohl der Bürger.

Bei den Planungen für den Großkomplex am Raschplatz, (Grundsteinlegung am 18. April 1973), sind die öffentlichen Einrichtungen (Schwimmbad, Trimm-dich-Center, Altenbegegnungsstätte, Volkshochschule) bis auf eine Bedürfnisanstalt gestrichen worden.

Übrig geblieben sind Objekte, die kommerziellen Nutzen versprechen: ein Kaufhaus (Hertie), ein Verwaltungshochhaus (Sparkasse), ein Empfangs- und Parkhausgebäude, viele Läden, ein Rundteilcafé und - in einem zweiten Bauabschnitt - ein riesiger Verwaltungs-, Laddas und Restaurantkomplex. - Die Stadt kann die geplanten nichtkommerziellen Freizeiteinrichtungen nicht finanzieren. Der kommerzielle Teil wird von der holländischen Bredero-Gruppe finanziert und vermietet. "Das Fehlen nichtkommerzieller Freizeiteinrichtungen wird zwar bedauert, doch nicht als Scheitern der Vorstellungen von einer 'integrierten City-Erweiterung' betrachtet. Da seien ja immerhin die Restaurants, Gaststätten und Kegelbahnen. Wenn es nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ginge, so erklärte ein Bredero-Sprecher auf Befragen, hätte man beispielsweise die für Gaststätten und Kegelbahnen vorgesehenen Räume im ersten Baubbschnitt längst an Kaufhäuser vermietet."

Stürzte sich aus dem Hemd-Block und seine Mitbewohner fragten:

Wer ist denn Herr Schöne?

- Im Riesen-Hochhaus immer allein
- Und die Nachbarn ahnten nichts

Als Folge dieser Bauprojekte steigen Grundstückspreise und Mieten. Der Besitzer eines Altbauwohnhauses möchte nicht leer ausgehen, wenn direkt nebenan profitable Bürohochhäuser gebaut werden. Die Oststadt einmal durch gute Verkehrsverbindungen den Kapitalinteressen nutzbar gemacht, wird zum Objekt von Spekulanten. Immer mehr Hausbesitzer, Grosskonzerne, Kapitalgesellschaften entdecken ihr Bedürfnis in der Oststadt zu bauen. Was störts, dass von den Büros und Eigentumswohnungen später die Hälfte leersteht, dass einige Projekte drohen als Bauruine stehenzubleiben (Kröpke-center) und ein Fass ohne Boden für den Steuerzahler darstellen!! Verdienen tun die Kapitalisten daran allemal. Schon jetzt stehen in Hannover einige Tausehd Eigentumswohnungen leer. Für die Oststadt bedeutet dies, dass im Laufe der nächsten Jahre immer mehr Wohnhäuser abgerissen und durch Geschäftsbauten ersetzt werden. Daran gemessen ist es der reinste Hohn, wenn die Stadt anbietet durch farbige Hausanstriche reizvolle alte Bausubstanz zu erhalten. Das Gegenteil davon passiert täglich. Reparaturen werden nicht ausgeführt, Wohnungen werden durch Überbelegung mit Ausländern oder Wohngemeinschaften abbruchreif gemacht. In der Oststadt wohnen mehr als 10% Ausländer. Die Oststadt wird immer unwohnlicher, so das als Folge viele Menschen in Aussenbezirke (Sahlkamp, Garbsen...) abwandern (müssen). Dass sie auch hier nicht das Glück auf Erden erwartet, zeigt nebenstehender Artikel aus der Hamburger Morgenpost. 2-3fache Mieten, schlechtere Verkehrsverbindungen, eine kulturelle Wüste, das sind die Neubaugebiete, die den Menschen, die Bürobauten und Kaufhäusern weichen mussten eine neue Heimat sein sollen.

Um von der Theorie zur praktischen Arbeit zu kommen, beschäftigt sich die ASOL zur Zeit mit 2 Projekten: Es wird Ein Film über die Entwicklung der Oststadt gedreht, der bei öffentlichen Veranstaltungen etc. zur Agitation eingesetzt werden soll. ZUm anderen unterstützen wir eine Gruppe von jugendlichen, die für ein unabhängiges Jugendzentrum in der Oststadt kämpfem. Wir bemühen uns im übrigen zu Kontakt mit allen Gruppen, die in der Oststadt oder in Hannover politisch arbeiten. (Jugendzentren, Hochschule, Betriebe usw.) damit unser Kampf nicht auf den Bereich Stadtteil isoliert bleibt.

Kontaktadresse:
Martin Schmid Flüggestr. 24
Die Jugendzentrumsgruppe trifft sich jeden Donnerstag 19Uhr im Lister Turm/Jugendzentrum der Falken

ASOL

presse erklärung:

in der nacht vom 9. zum 10.februar haben zwei gruppen des kommandos 4.feb./RAF das hauptquartier der hamburger menschenjäger und das hauptquartier der deutschen ausbeuterklasse in köln angegriffen. durch einen technischen fehler verfehlte die aktion in hamburg ihre physische wirkung, jedoch nicht ihr ziel:
das triumphgebrüll der klose, kgb-herchem, springer, mopo clique musste gedämpft, die vielen lügen der woche über unsere vernichtung gestoppt und den verunsicherten genossen klargemacht werden:
Der Kampf hat begonnen!
Der Kampf geht weiter!
Jede Niederlage bedeutet unseren nächsten Sieg!

der angriff auf das bdi hauptquartier galt einem unserer hauptfeinde. der angriff wurde durchgeführt, weil hier die herren sohl, schleyer, beitz, amerongen und wie sie alle heissen mögen, planen, wie man zur steigerung der profite die gesundheit der arbeitenden menschen kaputtmacht. wie man durch militarisierung der betriebe und niederschlagung spontaner streiks und andere geeignete massnahmen die unternehmermacht weiter festigt und die abhängigkeit und unterdrückung perfektioniert. siesind es auch, die durch ihre büttel den revolutionären kampf bei uns im keime ersticken lassen möchten, und die für den terror gegen die völker der dritten welt und ihre befreiungsbewegungen mitverantwortlich sind.

wir warnen die rundfunk und fernsehanstalten der brd davor, in zukunft weiter hilfsdienste für die verbrecherorganisationen mek, gsg, bka usw. fahndungshilfe mit wort und bild zu leisten. denn sonst werden geeignete schritte gegen einrichtungen dies r anstalten und d drastische massnahmen gegen deren verantwortliche durchgeführt.

KOMMANDO VIERTER FEBRUAR/RAF

ROTE HILFE

Aufruf der RH

sehr geehrte damen und herren,
liebe freunde,

der prozeß gegen astrid proll ist geplatzt. am 1.2.74 mußte die angeklagte wegen akuter lebensgefahr für verhandlungs- und haftunfähig erklärt werden. die beiden gegen sie bestehenden haftbefehle wurden außer vollzugs gesetzt.
damit hat die untersuchungshaft, die laut gesetz den prozeß ermöglichen soll, das gegenteil bewirkt:

als astrid proll im mai 1971 verhaftet wurde, war sie vollkommen gesund. im gefängnis köln-ossendorf wurde sie vollständiger isolationshaft unterworfen: als einzige gefangene legte man sie in die sogenannte "stille abteilung", in der sie keinerlei akustische und visuelle kontakte hatte - außer den sekunden essensausgabe durch anstaltsbeamte. diese totale isolation, die heute bei den politischen häftlingen in der BRD zur anwendung kommt, um anpassung und geständnisse zu erzwingen, ist folter. dagegen haben sich seit längerer zeit "komitees gegen folter" gebildet.
die folgen im fall von astrid proll : nach 34 monaten untersuchungshaft "abnorm niedriger blutdruck und höchstgradige regulationsstörungen". diese folgen konnten auch durch die liberaleren haftbedingungen in frankfurt-preungesheim nicht mehr abgefangen werden. anfang januar dieses jahres erreichte ihr blutdruck einen wert, der als unmittelbar lebensgefährlich gilt.

seit ihrer haftentlassung befindet sich astrid proll in der behandlung eines herz- und kreislaufspezialisten in einer klinik.
um die folgen der isolations-folter überwinden zu können, sind nach ärztlichem gutachten rehabilitationsmaßnahmen von mindestens sechs monaten bis zu einem jahr erforderlich. der tagessatz beträgt 2oo dm täglich. wie alle haftentlassenen hat astrid proll kein geld (der staat kommt für die von ihm verursachten schäden natürlich nicht auf; eine krankenverischerung gibt es für häftlinge und haftentlassene nicht). astrid ist auf unsere - und das heißt ihre - hilfe angewiesen. wenn sie gesund werden soll, ist geld nötig, viel geld. deshalb bitten wir sie, einen größeren betrag auf unser konto einzuzahlen mit dem vermerk "für astrid proll". (rote hilfe, dresdner bank, frankfurt, konto-nr.: 4 116 6o4)
wir danken ihnen im voraus
rote hilfe frankfurt

organisationsrat:

EINZIG ENTSCHEIDUNGSBERECHTIGTES ORGAN DES UJZ NORDSTADT

FREITAG 17.00 UHR

je 2 delegierte pro gruppe sind stimmberechtigt

öffentlich.

NOTIZEN

PROZESS gegen Lüllemann *(218)*

Am 2I.2.74 wurde Dr.Fritz Lüllemann vor dem Landgericht Hannover wegen 20 durchgeführten und I5 versuchten Schwangerschaftsunterbrechungen zu I Jahr,ausgesetzt auf 3 Jahre Bewährung,verurteilt. In seiner Urteilsbegründung berief sich der Richter darauf,daß,abgesehen davon,daß der §2I8 immer noch existiert,Dr.Fritz Lüllemann kein Arzt mehr gewesen sei,als er die Schwangerschaftsunterbrechungen vornahm,da ihm die Approbation vor einigen Jahren entzogen worden war.Er habe zwar keinen Gewinn aus den vorgenommenen Abtreibungen gezogen (ca.50 DM pro Abtreibung),aber er sei laut Aussagen der 'Sachverständigen' nicht nach den 'Regeln der ärztlichen Kunst'vorgegangen,da er das weitere Schicksal der Patientinnen den Ärzten in den Krankenhäusern überlassen hätte,in die sich die Patientinnen dann begeben hätten. Ferner sei der Angeklagte eine 'labile Persönlichkeit',da er den Frauen angesichts ihrer Not den verbotenen Eingriff nicht abschlagen konnte.Da er nicht als Arzt gehandelt habe vor dem Gesetz, sei er als Kurpfuscher zu betrachten.
Ein Gutachter hatte während des Verfahrens auch noch darauf hingewiesen,daß Frauen entscheidungsunfähig seien,sie könnten auftretende eventuelle Nebenschädigungen nach einem Schwangerschaftsabbruch nicht beurteilen.Die Frage,was aus einem Kind wird,das gegen den Willen der Mutter,unter ungünstigen Bedingungen gezwungen ist zu leben,wurde natürlich nicht gestellt.Der Staat kümmert sich also intensiv darum,daß ein Kind geboren wird,aber nicht,was aus ihm wird.

Mit dem Spruch auf einem Transparant der vor dem Landgericht Protestierenden ist,so glaube ich,schon genug ausgesagt:

"2I8 ist ein Paragraph,der immer nur die Armen traf!"

BESETZUNG

München Besetzung des Gasteigspittals

23. Februar

"Das Gasteig ist ein ehemaliges Altersheim im Münchner Stadtteil Haidhausen, das abgerissen werden soll, um einem Kulturzentrum (180 Millionen-Projekt) Platz zu machen Genauere Informationen über das Gasteig, die ganze Entwicklung und Sanierung in Haidhausen und was an Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen vor der Besetzung gelaufen ist, haben wir schon im ID 16 gebracht.

Seitdem das Haus leersteht, Mai73, bemühte sich die Aktion Bürgerzentrum Haidhausen erfolglos, eine Nutzung durch Verhandlungen zu erreichen. Wir beriefen in Haidhausen eine öffentliche Versammlung ein, auf der mit ca 200 Leuten die Möglichkeit einer Besetzung diskutiert wurde.
Freitagabend, 15.2.74, besichtigte eine kleine Gruppe von Leuten den dreistöckigen Prachtbau, prüfte Heizung, Strom, Wasser, warf den Kühlschrank an, verbarrikadierte die Vorderfront und hängte Transparente aus: "Stadtteilzentrum besetzt", dieses Haus stand leer - jetzt nicht mehr". Um 21.45Uhr war das Haus hell erleuchtet, nach monatelanger Stille und Finsternis, Musik drang aus den geöffneten Fenstern: das Stadtteilzentrum ist eröffnet.
Von Festen in Wohngemeinschaften, Schulen,Freizeitheimen kamen immer mehr Leute, in den Kneipen und auf der Straße in verschiedenen Stadtteilen wurden Flugblätter verteilt Im Gasteig trafen wir uns alle im Speisesaal im ersten Stock zur ersten Hausversammlung. Wir diskutierten gerade, um Kollektive zu bilden für Wache schieben, Küche und Kneipe, als um 23.30Uhr die Bullen kamen. Bereitschaftspolizei mit Schilden und Helmen umstellte das Haus, die Stadtbullen überkletterten die Mauer zum Hof und öffneten die Toreinfahrt von innen.

Die Antiterroristen im grünen Kampfanzug stürzten herein und ein Riesen-Scheinwerferwagen.
Die Bullen besetzten das ganze Haus und forderten die Besetzer auf, sich einzeln zu stellen, es bildeten sich unter uns zwei Fraktionen: die einen wollten verhandeln mit den ca tausendfach anwesenden Hausherrn (der Kasten gehört der Stadt), die anderen wollten auf keinen Fall freiwillig und einzeln gehen. Wir blieben!!!
Vor der Absperrung draußen hatten sich etwa 200 Leute angesammelt. Von drinnen und draußen wurde gerufen: "Kronawitter hinter Gitter", "Das Gasteig gehört der Bevölkerung","Bullen raus! Leute rein!"
Lieder wurden gesungen, Flugblätter verteilt, auf denen unser Programm für die nächsten Tage feststand: Kinderfest, Jugendfest, Eröffnung einer Volksküche, Kneipe, Non-Stop-Kino, Einrichtung eines Kinderladens, eines Schülerladens, Mieterbüro und Hausversammlungen.
Aus den Fenstern des besetzten Speisesaals flogen Flugblätter, Matratzen und Knallkörper. Unverfroren, wie es sein muß, kam der Einsatzleiter ins Zimmer, um der Knallerei ein Ende zu machen Er wurde mit einem Tritt empfangen, und auf seine Hilferufe kamen 10 seiner weißbehelmten ins Zimmer, die uns von da an nicht mehr aus den Augen ließen.
Die Stimmung war weiterhin gut, neue Lieder wurden gesungen,- und alte:"Es war einmal ein treuer Husar, der fickt seinen Knüppel ein ganzes Jahr..."
Die Bullen schleiften einen nach dem anderen von uns hinaus. Noch im Haus wurden wir fotografiert und die Personalien wurden festgestellt. Dann gab es für jeden eine Gratisfahrt in die Ettstr. (Polizeigefängnis). Drei Zellen über - und nebeneinander à 50 Leute, männlich und weiblich getrennnt. - Weiterhin Hochstimmung. Einne Zelle ging total zu Bruch. Wir fanden das dieses Haus dem Volke nicht dient Alle Festgenommenen wurden vernommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die ersten Leute wurden Samstagmorgen ab 9 Uhr freigelassen. Die letzten drei wurden Samstagabend vor den Haftrichter geschleift, zwei davon sind jetzt noch im Knast.

fehleinschätzung?

Wir haten vor der Aktion die Taktik der Bullen falsch eingeschätzt, dachten, daß sie sofort die kleine Gruppe herausholen, die das Gasteig für die Leute öffnet, oder daß sie dann zuschlagen, wenn das Fest vorbei ist und im Haus nur noch ein paar Leute pennen. Wir meinten auch, von den Festen und Kneipen her eine größere Öffentlichkeit schaffen zu können, die so eine Notstandsübung fraglicher macht. Daß wir so einen großen Kasten nicht militärisch verteidigen können, war uns klar. Es wäre besser gewesen, die Aktion am Tage laufen zu lassen. Auf keinen Fall lassen wir uns einschüchtern - am Tor des Gasteigs steht schon geschrieben: Wir kommen wieder!!!! Im Moment ist das ganze Hsaus von Bullen besetzt. Sonntagabend waren wir dort mit Knallkörpern und neuen Parolen: Bullen aus dem Gasteig raus! Das Gasteig , das ist unser Haus!!!

„Männer! Wenn ich Euch in die Augen sehe, dann weiß ich, daß Eure Begeisterung keine Grenzen kennt!"

„Alles Überflüssige hier abliefern!"

RESOLUTION

deutscher Schriftsteller

zu den

HINRICHTUNGEN im IRAN

Frankfurt (ID)

Am 21. Januar 74 wurden in Teheran von einem Militärgericht 12 Journalisten, Schriftsteller und Filmproduzenten beschuldigt ein Komplott gegen die Schahfamilie vorbereitet zu haben. Daß es bei diesem Prozeß aber um etwas ganz anderes ging als um die Ahndung eines konstruierten Anschlages auf die Schahfamilie, beweist die Tatsache, daß die Intellektuellen bereits im Frphjahr 1972 verhaftet wurden, das sogenannte Komplott aber erst im Oktober 1973 bekanntgegeben wurde. Der Prozeß vor dem persischen Militärgericht gegen progressive Künstler und Intellektuelle kann daher nur als eine Maßnahme des Schahregimes verstanden werden, diejenigen Intellektuellen zu unterdrücken, die in der letzten Zeit trotz der schweren Repressionen mit Gedichten, Novellen ,Filmen und Artikeln versuchten demokratische Aufklärungsarbeit zu leisten, sodaß sie zur Gefahr für das Regime wurden.
Allein in den letzten zwei Jahren sind mehr als 130 der von den Militärgerichten verhängten Todesurteile vollstreckt worden sodaß das Schahregime nur noch durch die chilenische Militär-Junta an Terror gegen eine demokratische Opposition überboten wird.

Inzwischen wurden von dem Militärgericht fünf der iranischen Intellektuellen zum Tode verurteilt. Zwei der fünf Todesurteile wurden vom Schah bestätigt und kurz danach vollsreckt.
Wenn sich die Weltöffentlichkeit über das Vorgehen gegen Alexander Solschenizyn erregt, dann darf sie zu den Hinrichtungen und zu den lebenslänglichen Freiheitsstrafen gegen iranische Künstlersund Intellektuelle nichs schweigen. Die unterzeichnenden Schriftsteller fordern daher:

1. **Abschaffung der Todesstrafe**
2. **Ersetzung der geheimen Militärgerichte durch öffentliche Zivilgerichte**
3. **Zulassung einer internationalen Untersuchungskommission bezüglich der Situatinn in den Gefängnissen des Iran**
4. **Presse-, Meinungs-, Versammlungsfreiheit.**

Unterzeichner:
Horst Bingel, Erika Runge, Gerhard Zwerenz, Ingeborg Drewitz, Hans Magnus Enzensberger, Günter Wallraff, Jürgen Roth, Brigitte Heinrich, Gaston Salvadore

nordirland

Niedermayer ist tot

es ist erfreulich, daß langsam aber sicher die wahrheit über die taten des grundig-direktors thomas niedermayer entwickelt wird, weil sonst wieder nur das bild eines rechtschaffenen, von I.R.A.- terroristen ermordeten westdeutschen "arbeitsplatzbeschaffers" übriggeblieben wäre.
die ganze wahrheit aber sieht so aus, daß herr niedermayer keineswegs nur wegen seiner charakter-

Wegen niedriger Lohnkosten, hoher Staatssubventionen und Steuervergünstigungen haben sich bereits über hundert deutsche Industriebetriebe in Irland angesiedelt

lichen dispositionen, also über alkohol und seine diversen liebschaften in's waffengeschäft verstrickt worden ist, sondern eher durch handfeste geschäftsinteressen.
niedermayer's (grundigs) erfolge standen oder fielen mit der möglichkeit, die niedrigen löhne nordirlinds ausbeuten zu können, weswegen er seit über zwei jahren mit den im grundig-betrieb dominierenden protestantischen gewerkschaften in fehde lag. die bürgerliche südirische wochenzeitung "hibernia" berichtete darüber, daß alleine in den letzten beiden jahren 34 mal spontane arbeitskämpfe der protestantischen belegschaft ausgerufen wurden, die jeweils nach wenigen stunden auf "höhere weisung" sang- und klanglos beendet waren. gleichzeitig beschäftigte niedermayer in der produktion ausschließlich katholische frauen, im bereich der niedrigsten lohngruppen. - mit anderen worten, niedermayer betrieb ein riskantes "teile und herrsche spiel" : gegen die unterbezahlten katholischen frauen spielte er die scheinbar privilegierten protestantischen arbeiter und deren gewerkschaften aus, gegen die protestanten im betrieb wiederum besaß er "freundschaftliche kontakte" zur sektiererischen protestantenführung, etwa zu william craig.
für dessen extremistische gruppen schmuggelte niedermayer seit langem waffen, was angeblich weder der grundig-firmenleitung, noch den britischen militärs noch den peniblen internationalen geheimdiensten auffiel.

die vorgeblich neutrale firma, die "weder katholische noch protestantische tonbandgeräte, sondern grundigapparaturen" herstellte, war in der tat gleichermaßen neutral an der ausbeutung von katholiken und protestanten interessiert.
wenn craig heute sagt: "thomas niedermayer ist tot, ich weiß es", hat er unbedingt recht, weil er maßgeblich an dessen beseitigung beteiligt gewesen sein dürfte-. niedermayer fiel den "sunningdale-abmachungen" zwischen den briten, der südirischen regierung und der nordirischen faulkner-gruppe zum opfer, sowie der daraufhin folgenden spaltung in der nordirischen unionisten-partei. die briten waren nicht mehr, wie bisher, gewillt, den grundig-lieferungen an die abgespaltenen protestanten zuzusehen und niedermayer sollte und wollte aussteigen. sein "verrat" wurde ihm nicht verziehen. die beiden männer, mit denen niedermayer sich am 28. dez. vor seinem haus lange unterhielt, kannte er, sie wollten ihn zunächst auf freiwilliger basis abholen und vorführen. als er sich in seiner cholerischen art schließlich weigerte, wurde er gewaltsam gekidnappt. seitdem kann sich frau craig an ihre häufigen (pressekundigen) besuche im haus niedermayer nicht mehr so recht erinnern.
thomas niedermayer ist tot: er half mit, unter offizieller duldung, die waffen für einen scheußlichen, sektiererischen krieg zu beschaffen, der sich gegen katholiken und protestanten richtet. grundig aber existiert weiter, und hat von allem nichts gewußt.
"(brief des IRA-SINN Fein solidaritätskomitees)

DIE IRA SINN FEIN

23

Westdeutsches Solidaritätskomitee

637 Oberursel 5
Postfach 35
Postscheckkonto
Hans Branscheidt
Frankfurt
Nr.: 30 24 79 - 602

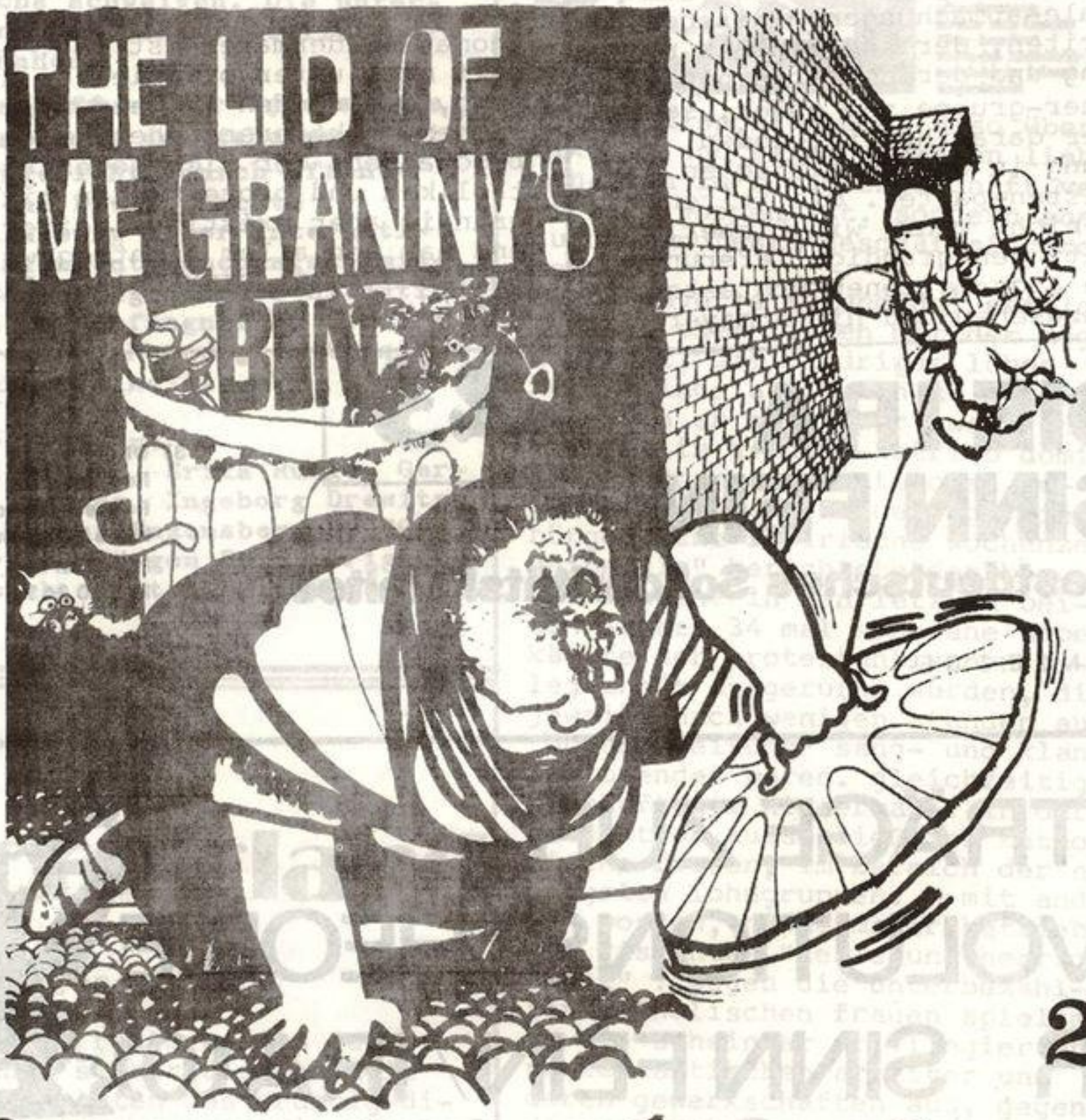
ANZEIGE

BEITRÄGE ZUR
REVOLUTIONSTHEORIE
DER SINN FÉIN/IRA (O)

INFO 7 u.a.: CATHAL GOULDING
BERNADETTE DEVLIN
SONDERNR.2 DOKUMENTATION
FOLTER u. KZ in IRLAND
BÜCHER und SCHALLPLATTEN aus IRLAND

im linken Buchhandel oder ★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★
Westdt. Irland-Solidaritätskom. 637 Oberursel 5 PF 35

HIT HIT HIT
ON SALE HERE



24

BLACKTHORN FOLK GROUP

"The Lid of me Granny's Bin" - eine neue LP DBL 502. Der Titelsong berichtet von den Warnungen an die Kämpfer durch "den Mülldeckel meiner Großmutter", den diese auf das Straßenpflaster schlug, wenn die Armee einrückte. Weitere Stücke dieser LP sind u.a.: "Provies Birdie", das Lied von der Helicopter Entführung und jüngsten Gefangenenbefreiung durch die Provisionals, sowie "Free Belfast", "Over the wall", "The man from the Daily Mail" uva.
Preis: ca. 15.- DM.

ARBEITSKAEMPFE

Bericht aus Polen

(ID-korrespondentenbericht)

als die streikenden arbeiter von lodz am 15.febr.1971 die gierekführung zwangen, die preiserhöhungen rückgängig zu machen und den preisstop für grundnahrungsmittel während der nächsten zwei jahre zu beschließen, folgte diesem großen sieg der arbeiterklasse keineswegs die rückkehr zu "normalen" verhältnissen. das rapide ansteigen der bummelschichten, durch die polens wirtschaft trotz verbesserter ertragslage allein 1972 fast die hälfte des produktionszuwachses (dreißig milliarden zloty - 4,3 milliarden mark) verlor, zeigt, wie sehr das verhältnis zwischen den polnischen arbeitern und der führung des landes erneut gespannt ist. die jahre 1971-73 waren von kämpfen geprägt, die sich in zahlreichen punktuellen, lokalen anktionen niederschlugen, von denen die meisten von der polnischen presse totgeschwiegen wurden. in den letzten drei jahren wurden zahlreiche stundenweise "arbeitsniederlegungen" (so die offizielle sprachregelung) aus fast allen großen industriezentren polens gemeldet, die sich gegen die viel zu niedrigen löhne richteten. so verlangten die bergarbeiter in rybnik (schlesien) eine lohnerhöhung von 25 %, die textilarbeiter von lodz eine erhähung von 2o %; ferner richteten sich die streiks gegen fehlende kantinen, gegen schlechte arbeitsbedingungen (ursache für arbeitsunfälle), gegen eine geringe anzahl von plätzen in den arbeiterwohnheimen, gegen die wohnungsnot, bzw. ungerechte verteilung der wohnungen, über die der betrieb verfügt. ende 1972 organisierten die arbeiter der reifenfabrik in olsztyn einen streik, der fast einem aufstand glich : angesichts der unnachgiebigen (oder ohnmächtigen) haltung der direktion gingen sie auf die straße.
es ist kein geheimnis, daß sich innerhalb der offiziellen, bürokratisierten gewerkschaften "nichtformelle" gruppen sowohl aus einfachen gewerkschaftsmitgliedern als auch aus betriebsratsdelegierten bildeten, die ihre forderungen direkt an die direktion richten, ohne den normalen weg über die hierarchie zu nehmen. nicht ohne erfolg: in einem chemieunternehmen bei sochazew, in einer papierfabrik in jeziorno haben diese "wilden" gewerkschaften gehaltsverbesserungen für bestimmte kategorien von arbeitern erreicht. in der textilfabrik von zyrardow wurde die direktion gezwungen, die modernisierung des maschinenparks beschleunigt durchzuführen, um das den arbeitern vorgeschriebene soll zu erfüllen, was mit der alten ausrüstung unmöglic-h war.
andere arbeiter, so die von der werft in szcecin und der grube in rybnik, stellten strafanzeige gegen die direktion oder forderten die auszahlung beträchtlicher summen, die ihnen für geleistete überstunden und in form von prämien zustanden - beides nach jahren zermürbender gerichtsprozesse mit erfolg.
doch hat die bürokratie längst zu gegenschlägen, die die solidarität der arbeiter brechen sollen, ausgeholt : so wurden "gute" arbeitsbrigaden und "diszupliniertenbrigaden" in den betrieben gebildet (wobei "disziplin" streichung von prämien, niedrigerer lohn bei gleicher arbeit, der zwang, verschiedene arbeiten unentgeldlich und außerhalb der normalen arbeitszeit auszuführen, bedeutet). die direktion ist in der lage, jeden arbeiter, der sich zu aktiv und zu "politisch" zeigt, in die "diszipliniertenbrigade"

zu versetzen (wenn die versuche, ihn zu bestechen, indem man ihn in die "gute" arbeitsbrigade eingliedert, scheitern sollte). ein anderes, schon klassisches mittel, die arbeitskämpfe zu brechen, sind die allgemeinen versuche, sich der gewerkschaften (partner der betriebsverwaltung) als transmissionsriemen der politik des staats- und parteiapparates zu bedienen : "gewerkschaft bedeutet nichts anderes als produktivität" (prawo i zycie). doch können hier in letzter zeit versuche der arbeiter beobachtet werden, diese strategie der partei zu unterlaufen. die streikwelle ende 1972 wurde zum gleichen zeitpunkt organiert, als in warschau der gewerkschaftskongreß tagte (13.-15.nov.) parteichef gierek und premier jaroszewicz waren genau wie zwei jahre zuvor gzwungen, nach szcecin und gdansk zu fahren, um mit den streikenden zu diskutieren. die forderungen der arbeiter bezogen sich nebst aufrechterhaltung des preisstops bei grundnahrungsmitteln (er gilt laut regierungsbeschluß vom november 1973 noch bis ende 1974) in erster linie auf die übernahme der gewerkschaften in die hände der arbeiter klasse, d.h. die forderung nach freier wahl der delegierten, anch mehr autonomie gegenüber staat und partei. die heute bestehenden arbeiterräte - von gomulka nach dem posener aufstand von 1956 konzediert - haben keine junktion. der fabrikdirektor braucht nicht einmal den betriebsrat zu befragen, wenn er einen arbeiter entlassen will.

die zahlreichen (und häufig kurzfristig erfolgreichen) streiks sind ohne beispiel in den volksdemokratischen ländern. die in ihrem klassenbewußtsein gestärkten polnischen arbeiter sind sich heute der notwendigkeit eines organisierten kampfes gegen die bürokratie und eines autonom und von den offiziellen organisationen unabhängig zu führenden kampfes bewußt.

STREIKS IN SPANIEN

(ID/APL) 9.2.74

die heimlich in madrid erscheinende zeitschrift "informacion democratica" berichtet von streiks, die in spanien in der ersten januarhälfte ausgebrochen sind. in barcelona wurde am 8.jan. in nahezu der gesamten textilindustrie gegen einen lohnabzug von 2 % gestreikt. am 9.jan. kurvten an die hundert taxifahrer im schritttempo durch das stadtzentrum und protestierten damit gegen den entzug der lizenz von 2 kollegen.
in Madrid organisierten die beschäftigten der städtischen transportunternehmen am morgen des 9.jan. arbeitsniederlegungen. sie forderten eine lohnerhöhung um 21 %, der arbeitgeber bot nur 11 % an. 6o % der belegschaft haben an den arbeitsniederlegungen teilgenommen.

in pamplona läuft der streik in lesaca-werken seit 2 monaten. die arbeiter fordern eine lohnerhöhung, höhere prämien und längeren urlaub. am lo. jan. waren in der region vizcaya mehr als 1.ooo arbeiter im streik. 65o arbeiter der izar s.a. in ambrieta forderten lohnerhöhungen, rentenanspruch und gleichen lohn für frauen und männer.

Zum drohenden KSV Verbot:
SCHWARZE

PROTOKOLLE 124
Wir lassen uns nicht nehmen, was wir sowieso nicht brauchen!

in ferrol wurden nach kurzen arbeits niederlegungen arbeiter entlassen. mehr als 1.ooo kollegen solidarisierten sich mit den entlassenen. am lo. jan. zogen mehr als 1.ooo arbeiter durch das werk vor das direktionsgebäude und forderten die wiedereinstellung. die direktion schloß das werk bis zum 14. jan. und drohte weitere entlassungen an.

Anarchist mit dem Würgeeisen hingerichtet

Zwei Todesurteile in Spanien vollstreckt / Anschläge und Proteste gegen das Franco-Regime

MADRID, 3. März (ml/dpa/AP). Trotz zahlreicher Gnadenappelle von Politikern, Kirchenvertretern und Organisationen wurde am Samstag in Barcelona der 26jährige Student und Anarchist Salvador Puig Antich, der von einem Militärgericht wegen Polizistenmords zum Tode verurteilt worden war, mit der Garotte hingerichtet. Bei dieser aus dem 14. Jahrhundert stammenden Hinrichtungsart wird dem Delinquenten ein Würgeeisen um den Hals gelegt und zugeschraubt, bis die Wirbelsäule von einem Dorn durchtrennt wird. Am selben Tag starb in Tarragona auf die gleiche Art der 33jährige Pole Heinz Chez, der an der katalanischen Küste einen Campingplatz ausgeraubt und einen Polizisten getötet hatte. Staatschef Francisco Franco hatte es abgelehnt, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen. Die Hinrichtungen lösten im mehreren europäischen Ländern eine Welle von Protesten und Brandanschlägen auf spanische Einrichtungen aus.

Puig, der der verbotenen Organisation „Iberische Befreiungsbewegung" (MIL) angehörte, hatte im September 1973 bei seiner Festnahme nach einem Bankraub in Barcelona einen Polizisten erschossen. Sein Verteidiger hatte angegeben, daß er den Mord nicht bei vollem Bewußtsein begangen habe, da er vorher von Polizisten auf den Kopf geschlagen worden war.

Zum letzten Mal war aus politischen Gründen 1963 ein Kommunist hingerichtet worden: Julian Grimau, für dessen Begnadigung Sowjetpremier Nikita Chruschtschow und Papst Johannes XXIII. sich vergeblich verwendet hatten. Im Fall Puig hatten sich Spanier auch an Bundeskanzler Willy Brandt mit der Bitte gewandt, dieser möge auf Franco zugunsten einer Begnadigung einwirken. Mehrere spanische Kirchenfürsten hatten ebnfalls um Gnade für den Anarchisten gebeten.

Ein gleichfalls zum Tode verurteilter Gendarm, Antonio Franco-Martin, der vermutlich wegen einer Frauengeschichte seinen Chef, Hauptmann Francisco Manfredi-Cano, erschoß, wurde von Staatschef Franco zu 30 Jahren Freiheitsstrafe begnadigt.

Mehrere hundert Menschen protestierten in Barcelona am Samstag gegen die Hinrichtung Puigs. Wie die Nachrichtenagentur Europa-Preß meldete, zerstreuten sich die Demonstranten nach wenigen Minuten wieder, bevor die Polizei kam. In einer Krankenkasse unternahmen rund 80 Angestellte einen Sitzstreik. Auch in Frankreich, Belgien und Italien wurde gegen den Tod des spanischen Regimegegners protestiert. In Rom wurden Molotow-Cocktails gegen das Gebäude der spanischen Botschaft geworfen und vier Schüssen abgefeuert, In Brüscel wurde ein spanisches Reisebüro durch die Explosion von Molotow-Cocktails beschädigt.

Das Politbüro der französischen KP hat „diese entsetzliche Hinrichtung mit Entrüstung" verurteilt und die französische Regierung aufgefordert, der Politik „dieses faschistischen Regimes, das eine Schande für die Menschheit ist", kein Entgegenkommen mehr zu zeigen.

Der Vatikan äußerte in einem Rundfunkkommentar sein Bedauern über die Hinrichtungen.

CNT 27

anarcosindicalismo - tu lucha - por tu futuro - afiliate en las federationes
anarchosyndikalismus - dein kampf - für deine zukunft - schliesst euch einer föderation an!

---

eine zusammenfassung und einschätzung der ereignisseb im spanischen bürgerkrieg werden wir in der nächsten fresse (nr.9) drucken.

restauranté español

COSTA DEL SOL

täglich
12' mittags bis 2' morgens,
montags ruhetag

kopernikusstr. 6

HALTESTELLE:
LUTHERKIRCHE, linie 6,8

POLIZEI TERROR

Zürich (ID)
Hegibach-Häuser:
Die Bourgeoisie greift an!
11. Februar 74
Die Polizeirazzia vom 29.1.
Am Dienstagmorgen um 4.50h fuhr ein Polizeiaufgebot von 120 Mann in Uniform und Zivil bei den besetzten Häusern am Hegibach (siehe ID Nr.5) vor, und begann sofort, die Haustür und die nächstgelegenen Fenster mit Vorschlaghämmern einzuschlagen. Trotz der frühen Morgenstunde war der Überraschungscoup mißlungen: die Hausbewohner waren gewarnt worden und hatten in einer vorherigen Besprechung ihr Verhalten festgelegt. Ohne daß nennenswerter Widerstand geleistet wurde, drang die Polizei gewaltsam ins Haus ein, wobei ein Familienvater, der die Tür blockieren wollte, verprügelt wurde.
Darauhin befahlen die Beamten, daß man sich auf sein Zimmer zurückziehen sollte. In jedem Zimmer wurde von etwa 8 Beamten alles genauestens durchwühlt, Drogen und politische Schriften gesucht, Fotos geknipst und die Personalien der Bewohner aufgenommen. "Als einer unserer Hunde beim Eintreten der Polizisten bellte, zog einer von ihnen die Pistole und drohte den Hund zu erschießen, falls dieser nicht ruhig sei." Nach zwei Stunden zog sich die Polizeiarmee zurück. Den Vorwand für die Polizeirazzia lieferte ein Raubüberfall, der kürzlich im Quartier stattgefunden hatte. Die Täter wurden schon in der Freitagnacht verhaftet - trotzdem benutzte die Polizei die Gelegenheit, die Hegibach-Häuser zu filzen, obwohl die Täter nicht in den besetzten Häusern gewohnt hatten.

Das Resultat der Durchsuchung spricht für sich: keine nennenswerten Waffen - Schreckschußpistolen, Knüppel, Taschenmesser - kein Stäubchen Rauschgift.
Im Haus wohnen heute zwei Familien mit Kindern, ferner Studenten, Schüler, Lehrlinge, Berufstätige und Künstler, insgesamt 76 Personen. Das Haus ist überfüllt, täglich erkundigen sich neue Leute nach einem Zimmer. Die Selbstorganisation der Bewohner klappt: Reinigungsarbeiten, Heizen und Wache werden kollektiv organisiert, die finanziellen Ausgaben gleichmäßig auf geteilt. "Wir haben also das ganze SHaus unter Kontrolle und die Namen aller Bewohner sind uns bekannt! Daß die Organisation klappt, haben wir in der Nacht der Razzia bewiesen: Wir haben in einer vorherigen Besprechung unser Verhalten festgelegt, und als um 5 Uhr früh die Polizei kam, konnten wir alle Hausbewohner alarmieren und gemeinsam reagieren." "Die Polizei ist in unser Haus, das bis zum Dach voll von Mietern besetzt ist, wie eine Horde Wilder eingebrochen, hat Türen, Fenster, Schränke, Wandschmuck und Musikanlagen rücksichtslos zerstört oder beschädigt und mußte am Ende abziehen wie eine Schar geprügelter Hunde, denen der ersehnte Leckerbissen versagt geblieben ist."

Was sollte dieser Einsatz ??

Der Zweck dieser Großaktion ist klar: die Behörden versuchen damit die Bewohner einzuschüchtern (die jetzt der Polizei namentlich bekannt sind) und in den Augen der Quartierbewohner zu kriminalisieren, um die geplante Räumung der Häuser Anfang März ruhig über die Bühne gehen zu lassen und die zu erwartenden Protesaktionen der Bevölkerung zu unterbinden.

Das immer unverhältnismäßigere Vorgehen der Behörden steht übrigens durchaus im Rahmen der zunehmenden Militarisierung der Polizei. Noch am Freitagabend hatte die Polizei eine richtige Notstandsübung im Quartier unternommen: Patrouillen mit Hunden, die Plätze wurden besetzt, eine Tram angehalten und drei Jugendliche herausgeholt (die dann nicht einmal die Täter waren) - ein bisher nicht dagewesenes Vorgehen nach einem simplen Raubüberfall. Am Dienstag dann die Großaktion in den Hegibach-häusern: 120 Polizisten stürmten um 5 Uhr morgens in voller Kampfausrüstung das Haus. In beiden Fällen ist der Sinn derselbe: die Polizei soll an unpopuläre Einsätze gewöhnt werden und die Bevölkerung an die Polizei.

ZUR
RAMPE
bei Irmchen Ecke Dieckborn/Rampenstraße

Wounded Knee

prozesse gegen 300 indianer

dokumentation

"Wenn jemand etwas verliert und zurückgeht, um sorgfältig danach zu suchen, wird er es auch finden; und genau das machen die Indianer heute, wenn sie euch bitten, ihnen die Dinge zu geben die man ihnen in der Vergangenheit versprochen hat. Und ich meine eben, daß man sie deshalb nicht wie Tiere behandeln sollte Und das ist auch der Grund, daß in mir das Gefühl stärker geworden ist, daß Widerstand notwendig ist..."
Diese Worte des Widerstandskämpfers Tatanka Yotanka, oder "sitting bull", wie wir ihn aus den Wildwestromanen kennne, stehen am Anfang eines Hilferufes des Wounded Knee Defense Kommittees, das 300 Indianer in diesen Tagen gegen den geballten Übergriff des amerikanischen Justizapparates verteidigen muß. Diese Worte kennzeichnen das Bewußtsein heutiger Indianer. Der Brief des Rechtsanwaltskollektivs klärt auf, wo eine neue, tausendmal mächtigere Lüge Hintergründe und Tatsachen verstellt:
"Dem Wounded Knee des Jahres 73 war eine jahrelange Kampagne gegen den korrupten Stammespräsidenten Dick Wilson auf dem Pine-Ridge-Reservat vorausgegangen. Als Teil dieses Widerstandes bildeten sich mehrere Selbstorganisationen der Reservatbewohner. Darunter die Ogala-Bürgerrechtsbewegung, der u.a. auch Pedro Bissonette vorstand. Bissonette war im Zusammenhang mit Wounded Knee angeklagt worden.

Im vergangenen Oktober wurde er von der Polizeitruppe des Indianerbüros auf Pine Ridge ermordet Seine Mörder sind heute noch frei, auf sie wartet kein Verfahren.
Die Leute, die während der 71-tägigen Besetzung in Wounded Knee waren, haben sich oft darüber unterhalten, wie es sein müßte, wenn man frei ist - frei von einer unterdrückerischen, rassistischen Gesellschaft und mit der Freiheit ausgestattet, eine befreite Insel inmitten dieser Gesellschaft zu schaffen. Es war eine Befreiung von der alltäglichen Angst und der Atmosphäre des Terrors, die auf dem Pine-Ridge-Reservat, und nicht nur dort herrschen. Die politische und militärische Organisation, welche diesen täglichen Terror erzeugt, ist die vom Indianerbüro der Regierung aufgezwungene Stammesregierung unter dem Vorsitz von Richard Wilson. Dieser Machtapparat (1934 von der US-Regierung geschaffen) ist im Grunde nichts anderes als eine Front von Interessen und Einflußmäglichkeiten der US-Regierung auf den Indianerreservaten, deren Bodenschätze heute relevant werden. Dieser Apparat läßt keinen Raum für indianische Souveränität, die u.a. durch den Vertrag von 1868 zum Gesetz erhoben wurde. Um die Respektierung dieser Souveränität und dieses Vertrages von 1868 ging es bei der Befreiung von Wounded Knee vor einem Jahr, geht es heute in den Prozessen gegen die indianischen Teilnehmer.

«1868»

Der Vertrag von 1868:
1. Friede zwischen den USA und den Indianern; die USA wird jeden bestrafen, Indianer oder Weißen, der den Vertrag bricht, und der geschädigten Person den Schaden ersetzen.
2. Die Sioux- und Arapaho-Völker werden alles Land westlich des Missouriflusses im heutigen Staat Süd-Dakota als Reservation besitzen, die als nicht abgetretenes indianisches Land anerkannt wird, wo sich kein Weißer weder niederlassen noch aufhalten darf. Die Indianer erheben keinen Anspruch auf sonstiges Land.
3. Falls auf der Reservation nicht mindestens 160 Morgen Land pro Person verfügbar sind, wird die US-Regierung nahegelegenes Land den Indianern zur Verfügung stellen. Jeder Indianer auf dem Reservat darf Land für sich oder für seine Familie beanspruchen und es als Privatperson besitzen alles übrige Land wird gemeinschaftlich vom Stamm verwaltet. Die US-Regierung hat das Recht, Gesetze zur Regelung der Erbfolge zu erlassen.
4. Die US-Regierung wird für folgende Einrichtungen sorgen: Schul- und Wirtschaftsgebäude; ein Agent, der auf dem Reservat lebt und Beschwerden und Verstöße gegen den Vertrag weiterleiten kann. Hilfe und Unterstützung bei der Einführung von Akkerbau; Kleidung und Lebensmittel über einen Zeitraum von 30 Jahren;Nahrungsmittel für vier Jahre; einen Ochsen und eine Kuh für jede ackerbautreibende Familie.
Der Vertag kann durch Mehrheitsbeschluß durch 3/4 der erwachsenen Stammesmitglieder gaändert werden.

"Nachdem die Belagerung von Wounded Knee durch die Bundestruppen aufgehoben worden war, waren zwei Indianer tot und Dutzende andere verletzt. Das US-Justizministerium unterzeichnete ein Abkommen, einen neuen "Vertrag", den es später wiederum brach, in dem es über 600 Indianer in die Haft nahm. Aber auch der Vertag von 1868 wurde oft genug gebrochen. Viele Indianer haben durch diese Vertragsbrüche ihr Leben lassen müssen, und viele werden morgen noch sterben müssen."
Dennis Banks, nationaler Direktor des AIM
"Der Vertrag von 1868 wird die Verteidigungsgrundlage der angeklagten Indianer sein. Sie bestehen darauf, daß man ihn anerkennt und durchsetzt. Sie wollen eine tatsächliche Lösung der echten Probleme, die die Führung ihres Stammes stellt. Die Sioux sind jetzt der Brennpunkt der Hoffnung aller Indianer des Landes. Setzt die Verträge durch!
Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die US-Regierung zur Zeit eine Verschwörung gegen das souveräne Volk des Kontinents betreibt. Nie zuvor ist ein Angriff so großen Ausmaßes gegen eine kulturelle oder rassische Gruppe in diesem Land versucht worden.

ca. 600 verhaftet

114 Personen stehen bundesrichterliche Anklagen in Süd-Dakota bevor
25 Fälle werden wegen des vorausgegangenen Aufstands in Custer angeklagt
127 Fälle werden zur Zeit noch auf Möglichkeiten zur Ahndung durch Bundesgerichte untersucht
100 Personen werden durch das Stammesgericht des Indianerbüros in Pine-Ridge angeklagt
8 Personen werden in Nebraska vor Gericht stehen, weil sie dort die Befreiung von Wounded Knee unterstützt haben
5 Anklagen der Bundesregierung in Arizona
3 Anklagen in Wyoming
2 Anklagen der Bundesregierung in Custer, Süd-Dakota

600 Personen schätzungsweise im Zusammenhang mit Wounded Knee verhaftet
Die Gesamtsumme an Kautionsgeldern, um Angeklagte bis zum Verhandlungsbeginn freizubekommen, wird ca 750.oooDM betragen. Die Kosten desRechtsanwaltsbüros der Verteidigung für 12 Monate werden mindestens 300.000 DM betragen."
Spenden für die Kosten des Verteidigungskommitees können in Deutschland überwiesen werden auf das

Spendenkonto Indianerprozesse
Deutsche Bank
2 Hamburg 86/30030
Gesellschaft für bedrohte Völker

"Als wir Wounded Knee räumten, hatte uns die Regierung mit 15 Panzerspähwagen eingekesselt, die mit 50mm-Maschinengewehren bestückt waren. Sie schafften weitere 22 Panzer und 140 FBI-Agenten heran. Sie boten 86 Polizisten des Indianerbüros auf. In der Nähe war die 82. Luftwaffeneinheit stationiert; und noch eine Woche davor hatten sie begonnen uns mit Nervengas zu bombardieren. Und mit ihren Schüssen zerschmetterten sie Frank Clearwaters Hinterkopf als er um 5.35Uhr morgens in einer Kirche schlief, während man Nahrungsmittel über Wounded Knee abwarf, weil die Menschen dort langsam verhungerten.
Die Indianer baten um einen 5-tägigen Waffenstillstand im Angedenken an Frank Clearwater. Und am 2. Tag des Waffenstillstands feuerte man Tränengas in die Häuser von Wounded Knee, und Lawrence Lamont taumelte aus einem der Bunker und wurde ebenfalls erschossen - zuerst geblendet und dann erschossen. Die Indianer waren bereit in Wounded Knee ihr Leben zu lassen. Sie sagten, daß sie Pferde, Ratten und sogar Dreck essen würden."
Clyde Bellecourt
nat. Direktor des A.I.M.

„PLAKA„
GRIECHISCHE SPEZIALITÄTEN
3 HANNOVER
HILDESHEIMER STRABE 67
TELEFON (0511) 88 55 43

UJZ GLOCKSEE
von 1o.oo - 18.oo
kfz- u. motorradwerkstatt

BUCHREZENSIONEN

Bobby Seale:Wir fordern Freiheit
Ler kampf der Black Panther
Fischer Taschenbücher Bd.II98
März I97I

Kennzeichnend für die Politisierung und Organisierung ethnischer Minderheiten in den USA ist die Tatsache, daß sich beides aus der Gruppe der Betroffenen,die den gleichen Lebenszudammenhängen unterworfen sind,heraus entwickelte.
Der Aufbau einer Gegenwehr,d.h.Militarisierung erwies sich als notwendige Massnahme,um sich nicht nur gegen die systembedingte strukturelle Gewalt,sondern auch gegen die offene physische Gewalt zu wehren,die durch Überfall,Terror und Mord von Seiten der Polizei als Handlanger eines rassistischen Herrschaftsapparat gegenüber ethnischen Minderheiten angewandt wurde.
Am I5.Oktober I966 wurde die Black Panther Party in Oakland/Kalifornien mit einem IO-Punkte-Programm offiziell gegründet.Zum Programm der Black Panther Party gehörten nicht nur die politische Schulung des sogenannten Lumpenproletariats,die sehr wichtige Rechtshilfe,die die Mitglieder über ihre verfassungsmäßigen Rechte unterrichtete,sondern auch praktische Lebenshilfe in den Wohngemeinden wie freie Gesundheitsstationen und Frühstück für Kinder.
Die Black Panther Party vertrat nicht uneingeschränkt die Gewalt.Man muß erkennen,daß es zwei Arten von Gewalt gibt:die Gewalt,die die faschistische Aggression der Machthaber an ihnen üben - und die Selbstverteidigung,d.h. eine Form der Gewalt,durch die sich die Black Panther Party gegen die über sie verhängte ungerechte Gewalt wehren.Aus dieser Erkenntnis heraus stellten die Black Panther ein Programm zur Kontrolle der Polizei durch die Wohngemeinden auf,die die Bewaffnung der Black Panther erforderte.Das Gewehr wurde ein notwendiges Mittel zur Verteidigung,da rassistische Polizisten immer häufiger in die Wohngemeinden kamen und Neger hinterrücks ermordeten.

Außer Straßenversammlungen,Parteizeitung bot sich eine weitere Verbreitung des IO-Punkte-Programms, als ein Gesetz gegen die Bewaffnung der Schwarzen im Capitol zur Diskussion stand.Mitglieder der Black Panther Party verlasen einen Erlaß,der durch die Medien über die ganzen USA verbreitet wurde.Sämtliche Mitglieder wurden daraufhin verhaftet.In der folgenden Zeit versuchte man von Seiten des Staats die 'Oberhäupter' der Partei 'festzusetzen',indem man sie unter falschen Anklagen in Gefängnisse steckte(I968).

Als trotz der Verhaftungen die Partei weiter anwuchs,ging man dazu über Parteimitglieder auf der Straße,in ihren Büros und in ihren Wohnungen niederzuschießen.
Huey P.Newton wird des Mordes schuldig gesprochen,nachdem das Beweismaterial für seine Unschuld den Geschworenen vorenthalten wird.Kaution wird verweigert,während der Fall an die höheren Gerichte weiterging. Die Freilassung Cleavers wird rückgängig gemacht.Bobby Seale schließlich wird gekidnappt,ohne Haftbefehl ins Gefängnis geworfen, man erfindet die Anklage nachträglich und schleift ihn unter falscher Anklage von Gefängnis zu Gefängnis. Man verweigert ihm seine Rechte,man verprügelt ihn im Gerichtssaal, knebelt ihn und foltert ihn,weiler versuchte,politische Zusammenhänge aufzuzeigen und die Richter entlarvte als das,was sie tatsächlich sind:

★★★

2.

Peter M.Michels:
"Aufstand in den Ghettos"
Zur Organisation des Lumpenproletariats in den USA
rischer TB 1319,Dez.1972

Beim Vergleich der Entwicklung bei den Young Lords(puertorikanische politische Gruppe) und den anderen Minderheitenorganisationen in den USA? Chicano-Power = amerikanisch--mexikanischeGr.,Indian-Power, Rising up Angry = deklassierte weiße Minderheit,Black Workers Congress = schwarze Arbeiterorganisation,I Wor Kuen = chinesische und andere asiatische Minderheiten) fällt die Ahnlichkeit der Entstehungsgeschichte,Problembereiche und Zielvorstellungen auf.Probleme,die sich im Werdegang jeder dieser Bewegungen stellen,sind:

1.) Schwierigkeiten des Einzelnen im Kampf gegen seine unbewußte Identifizierung mit dem Bürgertum und dessen Wertvorstellungen.Dabei steht der Versuch im Vordergrund,die eigenen Vorurteile gegenüber anderen Minderheiten und den traditionellen Geschlechterrollen zu überwinden.

↓

2.) Schwierigkeiten im Aufbau und in der Führung der Organisation: Wie bei den Young Lords wird auch bei den anderen Organisationen das demokratisch-zentralistische Prinzip angestrebt,das ja in sich schon den Zündstoff für krisenhafte Auseinandersetzungen innerhalb der Führung,in den einzelnen Gruppen,sowie zwischen Spitze und Basis der Organisation enthält.

↓

3.) Schwierigkeiten beim Ausarbeiten und Verfolgen einer wirksamen Strategie,wobei immer wieder das Problem der Integration des Lumpenproletariats in die Organisation auftaucht.Alle Bewegungen anerkennen in den 'Lumpen'(entgegen der klassischen Marx'schen Definition)die einerseits wichtigste,weil vom herrschenden kapitalistischen System am stärksten geschädigte Zielgruppe,die aber andererseits durch ihre Mentalität kaum organisierbar ist,sondern ihrerseits leicht die Zersplitterung oder Auflösung der Organisation verursachen kann.Parallel dazu besteht auch das Problem der Gewinnung von Arbeitern für die Bewegung:problematisch sowohl für die einzelnen Mitglieder die den Schutz des Ghettos verlassen und in der Fabrik agitieren sollen,als auch problematisch für die Organisation als Ganzes.So haben die Organisationen zunächst alle versucht,die Ghetto-Gemeinde für ihre Idee zu gewinnen durch Hilfsprogramme,die den Bedürfnissen der Ghettobevölkerung entsprachen. Versuche zur Organisation von Arbeitern und die Ausweitung von lokale auf nationale Organisation,sowie Bündnisse mit anderen Organisationen wurden erst angestrebt, als sich das Selbstbewußtsein und Selbstverständnis der Gruppen ausreichend gefestigt hatte.

bücher / zeitungen

Neuerscheinungen Frühjahr 1974

Karin Kramer Verlag – 1 Berlin 44, Postfach 106, Tel.: 684 26 28

A. und D. Prudhommeaux
Bewaffnung des Volkes
Aufbau, Organisierung und Kämpfe der Volksmiliz im spanischen Bürgerkrieg
Einleitung Carl Einstein
80 Seiten 5,– DM

Ulrich Linse
Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/1919
200 Seiten 8,– DM

P. Arschinoff
Geschichte der Mechno-Bewegung 1918-1921
Berichte und Dokumente der revolutionären Bauernbewegung in der Ukraine
260 Seiten 10,– DM

J. Agnoli, C. Brendel, I. Mett
Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern – Die Kommune von Kronstadt
150 Seiten 6,– DM

Cajo Brendel
Autonome Klassenkämpfe in England 1945-1972
120 Seiten 5,50 DM

Kollektivierung der Industrie und Landwirtschaft
Die Soziale Revolution in Spanien 1936-1939
Dokumente, Berichte und Selbstdarstellungen der spanischen Arbeiter und Bauern
Einleitung Erich Gerlach
23o Seiten 10,– DM

Anton Pannekoek
Neubestimmung des Marxismus – Bd. 1
Diskussion über Arbeiterräte, Marxismus und Staat
130 Seiten 6,– DM

Anarchismus und Marxismus Bd. 2
F. Amilié
Anarchismus heute – Theorie und Praxis des Reproduktionsbereichs
Y. Bourdet
Marxismus und Anarchismus
R. de Jong
Stirbt Marx als Anarchist ?
u.a.
140 Seiten 6,– DM

Peter Heintz
Anarchismus und Gegenwart
Positiver und negativer Anarchismus
144 Seiten 6,– DM

Unter dem Pflaster liegt der Strand – Anarchismus heute
N. Chomsky
Anmerkungen zum Anarchismus – Radikaler Marxismus und konsequenter Anarchismus
Ch. Dericum
Absage an die Gewalt
M. Bookchin
Hör zu, Marxist!
H.P. Duerr
Unter dem Pflaster liegt der Strand
P. Feyerabend
Thesen zum Anarchismus 1973
160 Seiten 8,– DM

Ein Text über die Klassenkämpfe in der BRD:

ARBEITERAUTONOMIE IN WESTDEUTSCHLAND

Diskussionspapier von LOTTA CONTINUA zu den Klassenkämpfen in der BRD

„Nach den Ereignissen in Chile ist die Reflexion der Genossinnen und Genossen über den revolutionären Prozeß um vieles konkreter geworden. Die Frage nach der Strategie, nach der Organisation der Massen und der revolutionären Avantgarde, nach dem bürgerlichen Staat und seiner Zerschlagung, nach der Unvermeidlichkeit des gewaltsamen konterrevolutionären Schlages der Bourgeoisie – und viele andere mehr – müssen [illegible] die Diskussion der revolutionären Gruppen und Organisationen auch in Westeuropa finden. LOTTA CONTINUA wird dazu Material vorlegen, und eine entsprechende Auseinandersetzung anregen, wie sie bereits läuft.
Eine Frage scheint uns besonders vordringlich: nämlich die nach dem internationalen Zusammenhang der Klassenkämpfe. Wenn die Handvoll Ausbeuter sich des ganzen gesammelten Kraft des Proletariats gegenüber sehe, wäre ihr Schicksal schon besiegelt, und die Geschichte hatte schon seit langem ihre Richtung geändert. Aber das Proletariat ist gespalten. Der Kapitalismus hat es im Lauf der letzten 50 Jahre vollkommen verändert und umgeschichtet; er hat es auf gesellschaftlicher Ebene zersplittert, getrennt und isoliert, um zu verhindern, daß es auf politischer Ebene zur Einheit finden konnte.
Und um diese Einheit geht es heute, und zwar nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten. Die europäische Arbeiterklasse ist objektiv schon viel weiter vereinigt, als unmittelbar zu merken ist: die Arbeitsemigranten stellen ein starkes Verbindungsglied her, der gemeinsame Kampf gegen Lohnraub, gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen Inflation und gegen die Aussperrung der Wirtschaftskrise von Seiten des Kapitals bedeuten aktive Vereinigung des westeuropäischen Proletariats. Der autonome, der selbstständige Klassenkampf, der sich nicht mehr als Anreiz und Motor für die kapitalistische Entwicklung umbiegen läßt, sondern direkt gegen die Ausbeutung und ihre Gesetze ankämpft, ist heute die entscheidende Realität in der BRD zum Ausdruck kommt.
Von der Arbeiterautonomie auszugehen, wie sie in den Klassenkämpfen auch in der BRD zum Ausdruck gekommen ist, bedeutet nach unserer Auffassung, jegliche Diskussion und Konfrontation über den Klassenkampf in Europa auf seine wirklichen Beine zu stellen.
Dazu will der Diskussionsvorschlag von LOTTA CONTINUA dienen, um einen Beitrag zur Auseinandersetzung in der BRD zu liefern."

Endpreis zwischen DM 4,00 und 4,50
ca. 80 Seiten
erscheint ungefähr Ende Januar/Anfang Februar im Verlag des POLITLADEN ERLANGEN.

Dieser Text soll der Beginn einer Reihe sein, die mehr oder minder häufig unter der Redaktion und in Eigenverantwortlichkeit der LOTTA CONTINUA im Verlag des POLITLADEN ERLANGEN erscheinen wird. Längfristig beabsichtigt sind z.B. Texte über Chile, über den Kampf in Fabriken, Schulen, Gefängnissen, dem Heer usw. in Italien.

ZEITUNG
UJZ BARSINGHAUSEN

Zur letzten Nummer...

Zu dem NAchsatz in der letzten HF, im Anschluss an den II.Teil der Spanien-Serie:
Kein guter Mensch in Hannover, auc auch nicht der guteste, kann ernst haft vorhaben "HIER UND HEUTE, ÜBER DEN RAHMEN DER SPANISCHEN REVOLUTION HINAUSGEHEND, ADÄQUATE ANSÄTZE" entwickeln zu können.
Auch nicht, und das schon gar nie, im Rahmen eines "SCHULUNGSKREIS: WAS HEIßT EIGENTLICH ANARCHISMUS?" (Das mit Großbuchstaben Gedruckte: vgl. letzte FRESSE)
Für den ganzen NACHSATZ (der ist weiter nichts als abgestandener Bodensatz) gilt: weder inhaltlich noch Satz für Satz ist der diskutiert worden, geschweige denn: bejaht worden. Wir haben "bloss" den ärgerlichen Fehler gemacht, nicht doch noch nach der Fertigstellung des lay-outs eine Abschlussredaktion zu machen. In Zukunft machen wir also die Abschlussredaktion direkt vor dem Druckbeginn: es scheint notwendig zu sein, schnüffifix!
Es geht nicht darum, daß wir allmählich sauer sind über die andauernden Klassifizierungen wie z.B. "Anarchoflipper","Geheimbolschewisten", "anarchistische Stamokapler","Anarchoreformisten" u.dgl.m..Es geht vielmehr darum, diesen Anwürfen den Boden zu entziehem: indem wir das, was daran begründet ist, versuchen wegzulassen in Zukunft (wie z.B. die Publikation dieses Einzelkämpfer-Nachsatzes).
Im Übrigen sind uns die Leute, die penetrant derartige Denunziatiönchen ausstoßen (als ob sie, wenn das tatsächlich so wäre, nichts Besseres zu tun hätten), natürlich auch nicht so übertrieben wichtig. Wer die Fresse liest usw., wer in den gleichen und ähnlichen Politikzusammenhängen wie im den in der Fresse repräsentierten arbeitet, der weiss auch, von welcher Seite bürgerliche räsonnierende Kritik kommt,- und von welcher Seite solidarische Kritik kommt. ((Um der Götze Soziolinguistiks Willen: von einer "Seite" kann natürlich keine Kritik kommen: niemals ist eine "Seite" = Subjekt/Handelnde(-r);- die Kritik kann immer nur kommen von den konkreten Menschen, die einer politischen/unpolitischen (?) Seite/Richtung/Gruppe/Fraktion/Faktion/Linie/Schicht/Klasse/Minder -oder Mehrheit zurechenbar sind, dat wissen wir eech.)

Schließlich: Der leider diesmal undemokratische Typ aus dem vom Anspruch her demokratisch verfahrenden FRESSE-Kollektiv hat noch mehr Scheiße gekackt: Indem er als praktisch Einzelner sich gleich zwei "politisch bedeutsame" Organisationen zuordnet (die fast nur in seinem Kopf bestehen) (und zwar handelt es sich dabei um die "APH" =Anarcho Presse Hannover und 2)um das "Anarchistische Koordinations-büro Nord") erweckt dieser Abschnitt objektiv den Eindruck (und soll es vielleicht auch tun), als ob das Redaktionskollektiv der FRESSE total von Resolutionären unterwandert/beherrscht sei. Weniges ist falscher, toi, toi, toi= weiterhin für uns. Zu der spanischen CNT gehörten in deren Hochzeit 1,6 Millionen Mitglieder und ein (1) bezahlter Sekretär. Bei einer bestimmten/personifizierbaren Sorte Anarchos hingegen ist es so, als ob da 23 Karteileichen und dafür doppelt so viele, also 46 bezahlte Funktionäre wären. Dann handelt es sich aber nicht mehr um Anarchisten, sondern um schnellstens zu pensionierende Bürokraten. Tätige Reue ist nötig.

der Resolutionär:

DER JUGENDPROFI DER STADT HANNOVER IM UJZ NORDSTADT

der cberste politjugendprofi der stadt,klaus beste,war am 22.2. im unabhängigen jugendzentrum nordstadt .er wollte dort diskutieren über den kinderladen,über die forderungen des ujz usw.vorangegangen waren unter anderem die auseinandersetzungen um den kinderladen,in denen beste frech forderte,dass von verhandlungen,die er führt nichts an die öffentlichkeit zu dringen hätte.das hatte er in einem telefongespräch dem vereinsvorsitzenden mitgeteilt,nachdem er den abdruck eines artikels der hannoverschen allgemeinen über den kinderladen im ujz verhindert hatte.
nachdem beste einen rundgang durchs jugendzentrum gemacht hatte,nahm er an unserer organisationratssitzung teil.in der diskussion mit ihm ging es um folgende wesentliche punkte:kinderladen im ujz,forderung der gruppen im ujz nach materieller unterstützung,forderungen der jz initiative oststadt,räumung des ujz kleefeld.

die diskussion mit dem kila lief bereits vorher.zu den forderungen der im jugendzentrum arbeitenden gruppen(die einzelnen gruppen hatten einen forderungskatalog aufgestellt für pädagogisches und anderes arbeitsmaterial) machte beste klar,dass er alles,was über 7500 mark rausgeht,nicht untrsstützen wird.er erzählte was von vernunft,realistischer politik und

che gemerkt,dass man mit dem nicht reden kann.den jugendlichen der oststadt,die ein unabhängiges und nicht ein von den falken verwaltetes jugemdmentrum fordern sagte beste noch:"da müssen sie sehen ,dass sie irgendein gebäude kriegen,wo sie reinkommmen!" ein sehr richtiger satz!

Kinder und Jugendtheater
„rote Grütze"
darüber spricht man nicht

am dienstag,d 12.3.
um 15°° uhr
UJZ NORDSTADT

den ganzen scheiss,den man sich sé anhören muss,wenn man ihn fragte,wie es denn einzuschätzen sei,dass im haushaltsplan der stadt zum beispiel 35.ooo mark nebenkosten fürs amerikahaus zahlt,40.ooo für fassadenverschönerung,276.ooo mark für die pferderennbahn verzeichnet sind,dann war herr beste dafür natürlich nicht zuständig.bei dem punkt ujz kleefeld reagierte nicht nur beste allergisch (weil er dafür verantwortlich zeichnete,dass das ujz keine toiletten bekam,haben ihm die kleefelder flaschen mit scheisse drin durchs zimmerfenster geschmissen).als beste dann auch noch sagte,dass ihm der abriss des ujz kleefeld 20.000 mark wert gewesen ist,haben wohl etli

in einem gespräch mit dem sozialarbeiter des ujz teilte beste dann noch mit,dass er sich nicht mehr für uns einsetzen würde und auch die forderung der gruppen in keinster weise unterstützen würde (7500,-) weil wir ihn durch ein flugblatt zur kinderladensituation verärgert hätten.in dem flugblatt (überschrift:was die spd unter einer besseren qua ität des lebens versteht)x ix hatten wir lediglich geschrieben,wie die situation bei uns aussieht,und wie sich die stadt dazu verhält.wir machen was,was pappa beste nicht gefällt,und der herr bestraft uns.DER SPINNT WOHL!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Pool-Billard

kleine kurven

Krökel-Automat

Am Lindenhofe 37

Inh.: Doris Eilbrecht

gemütliche kneipe

im süden hannovers

Strassenbahn 1,8,11,16
bis Peiner Strasse

37

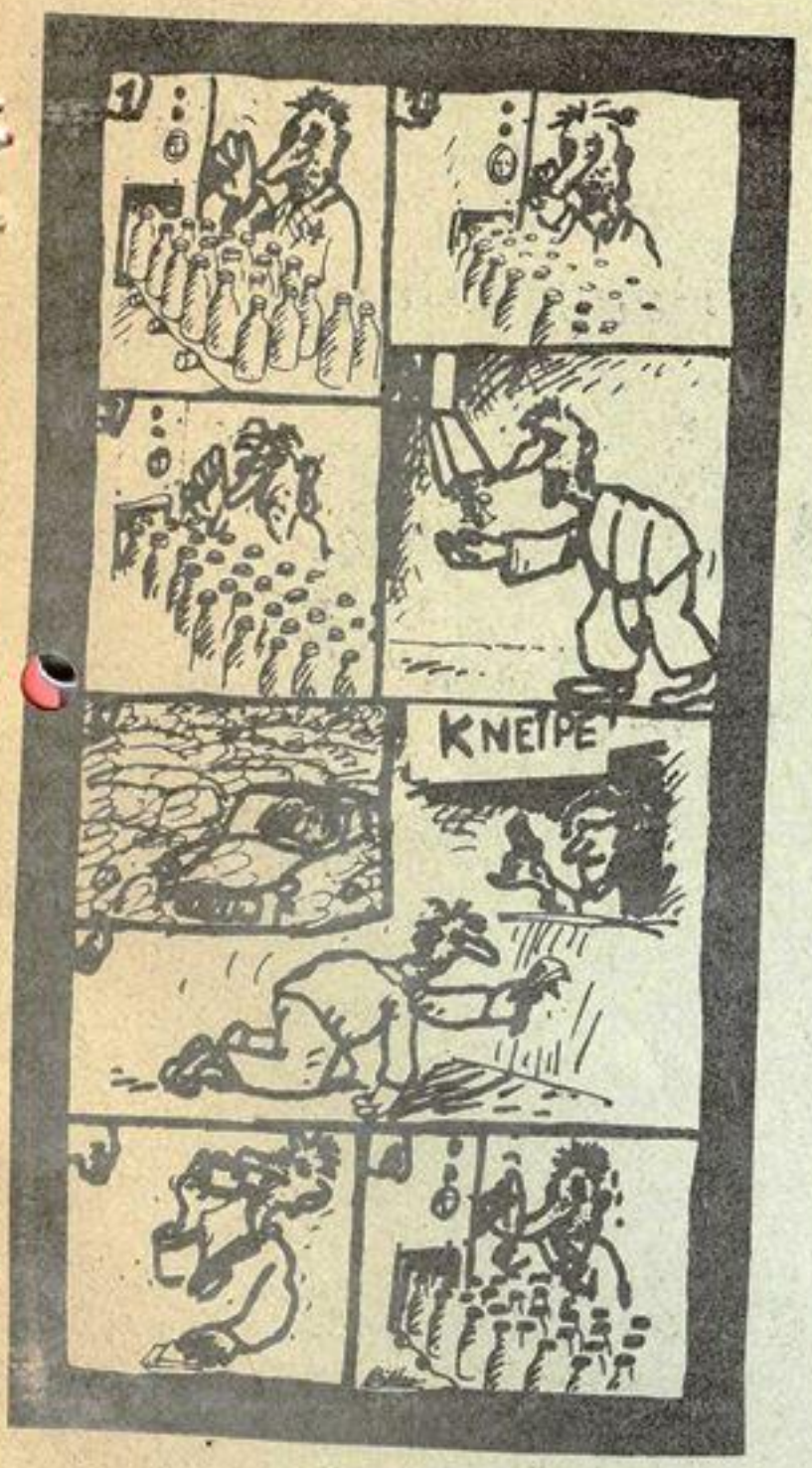
MUCKE

INFO

FLOHMARKT

Für ein U J Z
Oststadt / List

Seit über einem Jahr kämpfen wir für ein UJZ, weil wir erkannt haben, daß das Freizeitangebot in Oststadt und List beschissen ist. Täglich schuften wir in den Betrieben für ein paar Mark, werden dafür am laufenden Band in den Arsch getreten, und die Bosse machen auf unsere Kosten den dicken Reibach.



Wenn wir nicht zu Hause rumhocken wollen, können wir in unserer Freizeit höchstens in Kneipen und Diskotheken gehen, wo uns auch die letzten Pfennige aus der Tasche gezogen werden. Und in den Freizeitheimen ist es ähnlich wie im Betrieb. Es gibt genauso Vorschriften, nach denen man sich richten muß, oder man fliegt raus. Außerdem ist man an festgesetzte Öffnungs- und Schließzeiten gebunden.

Das Jugendzentrum der Falken am Lister Turm ist auch kein Ausweg aus dieser Misere.

DENN:

1. gibt es eine"Selbstverwaltung" der Jugendlichen nur unter der Kontrolle der Falken und
2. ist das Haus viel zu klein.

Der Lister Turm, den wir ursprünglich gefordert hatten, wird von der Stadt für 1,6 Mio. DM zu einem herkömmlichen Freizeitheim umgebaut.

Die verantwortlichen Politiker lehnen es ab, mit uns zu verhandeln.

Wir warnen die Stadt:

Wenn nicht bald was passiert,

werden wir uns unser Haus nehmen!

Darum: Kommt und macht mit!

JEDEN DONNERSTAG
UM 19.30 UHR
LISTER TURM IM
FALKENZENTRUM

Komitee "Für ein unabhängiges Jugendzentrum"

Presserechtlich verantwortlich:
Guse
3 Hannover
Liebigreihe 5

TERMINE

m u s i k**********

fin-int fr.29.3. silo
song & lyrik 9.3. 19.30 frzh.linden
arbeiterlieder 18.3. mit naturfreu
ndejugend im frzthm. linden
---
freitag abend jede woche musik zum
selbermachen im ujz nordstadt------

film**********

<u>coup pour coup</u> 19.3. im apollo
18.15 und 20.30 uhr
französischer arbeiterfilm über ein
en wilden streik und siene folgen..

<u>der hamburger aufstand</u> 29.3. 20.00
frzh.linden

- - - - -

Dieter Duhm :

<u>Zum Problemkreis der Emanzipationsdebatte</u>

emanzipation,antiimperialistischer kampf,theorie,organisation
(Vortrag ESG Hannover ,4.12.73)

erhältlich im Internationalismus Buchladen und am SHB/SF Büchertisch

THERE'S A FUCKING WAR ON